

**vorwärts • sozialistische wochenzeitung • Mitte Februar 2003**

# **Dossier Bewegung Italien**

**Beiträge zur italienischen NoGlobal-, Anti-Berlusconi-,**

**Antikriegs- und Gewerkschaftsbewegung nach Genua**

**publiziert im Vorwärts vom 13. Juli 2001 bis 24. Januar 2003**



---

Redaktion Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich, Telefon 01 241 66 77, Fax 01 242 08 58, E-mail  
redaktion@vorwaerts.ch,

Page <http://www.vorwaerts.ch>, PC: 40-19855-7. Jahresabo: 160.–, reduziert (AHV, StudentInnen, SchülerInnen) 110.–

Walter Angst (wa) – w.angst@vorwaerts.ch, Sladjana Drobnjak (sdr) – s.drobnjak@vorwaerts.ch, Matthias Hauser (mh) – m.hauser@vorwaerts.ch, Irene Keel (ike) – i.keel@vorwaerts.ch, Käthi Straumann (ks) – k.straumann@vorwaerts.ch, Siro Torresan (sit) – s.torresan@vorwaerts.ch.

13. Juli 2001

## **Volksbewegung gegen Berlusconi**

**sit. Rifondazione Comunista schaffte mit fünf Prozent Stimmanteil den Sprung ins italienische Parlament. Was kann sie mit diesem Achtungserfolg ausrichten?**

Das Resultat von Rifondazione Comunista bei den italienischen Parlamentswahlen ist ein Achtungserfolg. Was aber kann und will RC als einzige antikapitalistische Opposition im Parlament des Multimilliardärs Berlusconis ausrichten? Es stellt sich also die Frage, was diese fünf Prozent Stimmenanteil, die gerade mal elf Parlamentsabgeordneten und drei Senatoren ergeben, eigentlich wert sind.

Rina Gagliardi, Co-Chefredaktorin der Tagesparteizeitung «Liberazione» legt in einem Leitartikel eines gleich fest: es wäre ein grosser und politisch unverzeihbarer Fehler, das Wahlergebnis als wichtigstes Parteikapital zu betrachten. Mehr noch, dieses «Kapital» nur mit parlamentarischen und wahltaktischen Überlegungen zu pflegen und sich dabei eine Rendite in Form einiger Prozentpunkte mehr beim nächsten Urnengang zu erhoffen, wäre der sichere Tod der Partei.

Rifondazione hat den Anspruch, Teil einer gesellschaftlichen Alternative zu sein, die gegen die dominante neoliberale Ideologie kämpft. So präsentierte sie sich den ItalienerInnen und Italiener vor den Wahlen. Wer also für Rifondazione Comunista stimmte, wählte mehr als nur eine parlamentarische Opposition.

Die Bestrebungen von Rifondazione Comunista werden in einem offenen Brief ihres Sekretärs Fausto Bertinotti an die KollegInnen der Demokratischen Linke (Democratici di Sinistra, DS) deutlich. Die DS stehen nach der deftigen Wahlschlappe kurz vor einem ausserordentlichen Kongress, der mit grösster Wahrscheinlichkeit zu einer Spaltung führen wird. Bertinotti zeigt in seinem Schreiben auf, dass in Italien ein wichtiger und immer grösser werdender Teil der Gesellschaft sich gegen die Auswirkungen des Neoliberalismus zu wehren beginnt. Die vielen Streiks in grossen Unternehmungen, welche meistens von der Presse nur am Rande genannt oder oft gar verschwiegen werden und die Gründung von Attac, sind nur zwei Beispiele dafür. Führende Parteiexponenten der Linken Demokraten bezeichneten kürzlich die TeilnehmerInnen der Anti-G8 Demo in Genua als apolitisch. Die Abkoppelung von linken Positionen könnte nicht deutlicher sein.

Für Rifondazione kann aber eine glaubhafte Opposition zur Regierung Berlusconis, was gleichzeitig auch der Aufbau einer gesellschaftlicher Alternative sein muss, nur gemeinsam mit den vielen antikapitalistischen und sozialen Bewegungen stattfinden. In seiner ersten Rede vor dem neugewählten Parlament nannte Bertinotti dieses Vorhaben eine «Volksopposition». Dies bedingt einen offenen und ehrlichen Dialog zu sämtlichen ausserparlamentarischen Organisationen, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen. Es bedeutet auch, die sozialen Bewegungen und die Kämpfe der ArbeiterInnen zu verstehen und zu unterstützen. Rifondazione will und kann in Italien ein starker Teil einer breiten antikapitalistischen Bewegung werden. Dies ist das Bekenntnis von Rifondazione.

24. August 2001

## **Italien und die Bomben**

**sit. Kurz nach dem G8-Gipfel in Genua wurde das Gerichtsgebäude in Venedig Ziel eines Bombenanschlages. Sofort beschuldigte der italienische Staat linke GlobalisierungsgegnerInnen der Tat. Italien erlebt unter Berlusconi ein gefährliches Revival der sogenannten «Strategie der Spannung», wie sie nach**

### **dem Faschismus bis in die 80er-Jahre angewendet worden ist.**

In den frühen Morgenstunden des 9. August wurde auf das Gerichtsgebäude in Venedig ein Bombenanschlag verübt. Es entstand ein beträchtlicher Sachschaden, Personen wurden dabei keine verletzt. Für die bürgerliche Presse und die Regierung des Multimilliardärs Berlusconi war eines sofort klar: die Bombe stammt aus dem Lager der linksextremen GlobalisierungsgegnerInnen. Zwei Tage später tauchte ein in bekannter Brigade-Rosse-Manier verfasstes Bekenner schreiben auf. Absender war die Gruppe «nuclei territoriali antiimperialiste». Es lag in einem Abfallkorb in Mestre und wurde telefonisch bei zwei lokalen Tageszeitungen angekündigt. Obwohl sich auch die neofaschistische Untergrundorganisation «Falange armate» (Bewaffnete Phalanx) zum Bombenanschlag bekannte, wurde an der Echtheit des Schreibens der «nuclei territoriali antiimperialiste» nicht gezweifelt.

Die Ermittlungen laufen in Italien auf Hochtouren. Die «politische» Motivation der Tat ist weiterhin denkbar und möglich, doch ist dies für die ermittelnde Behörde nicht mehr der einzige vorstellbare Grund des Bombenanschlages. Mittlerweile wird sogar ein mafiöser Hintergrund nicht mehr ausgeschlossen. Seit einiger Zeit ermittelt nämlich die venezianische Justizbehörde gegen einen Mafiaring, dem verschiedene Bestechungsvorwürfe in Norditalien zur Last gelegt werden.

Auch für den Mailänder Staatsanwalt Guido Salvini, ein langjähriger Experte in Sachen Terrorismus, ist Vorsicht geboten. In einem Interview in der unabhängigen kommunistischen Zeitung «il manifesto» warnt Salvini Medien und Politiker davor, den Anschlag zu überwerten. Dies könnte sich in Form weiterer Anschläge bitter rächen. Die angewendete Technik und das ausgewählte Objekt des Anschlages lassen laut Salvini zwar einen faschistischen Hintergrund vermuten. Er meint damit die Strategie der Spannung, bei der – unter Federführung des Pentagons und des italienischen Staates – Faschisten mit Terroranschlägen die italienische Bevölkerung jahrzehntelang in Angst und Schrecken versetzte. Staatsanwalt Salvini begründet seinen Zweifel am «politischen» Hintergrund des Anschlages aber damit, dass sich auch eine linksextreme Organisation zur Tat bekannt hat. In der Vergangenheit richteten sich Terroranschläge von links gezielt gegen Persönlichkeiten wie Politiker oder Polizeibeamte, was in Venedig mit Bestimmtheit nicht der Fall war.

Trotz den begründeten und berechtigten Zweifeln von Staatsanwalt Salvini sind Ansätze der Strategie der Spannung seit der Machtübernahme Berlusconis wieder zu erkennen. Die Anschläge in Genua kurz vor dem G8-Gipfel, die Berichterstattung der bürgerlichen und Berlusconi-Medien und vor allem die Reaktion der Regierung nach der Bombe in Venedig erinnern an die blutigen Zeiten, die in unserem südlichen Nachbarland als «anni di piombo» (bleierne Jahre) in die Geschichte eingegangen sind. In Italien sind faschistische Tendenzen erkennbar, die von der Linken früh und konsequent bekämpft werden müssen.

7. September 2001

### **Gelbe Zonen in ganz Italien**

Am 31. August haben sich 500 Personen an einer Vollversammlung in Neapel auf eine gemeinsame Demonstration gegen das Gipfeltreffen der Nato-Aussenminister am 27. September geeinigt. Die Demo in Napoli richtet sich gegen die Pläne George Bushs, ein Raketenabwehrsystem zu entwickeln. Sie findet unter dem Slogan «zwischen uns und den Sternen brauchen wir keinen Schirm» statt. Ursprünglich wollte Attac zu einer Stadion-Manifestation, die unabhängigen linken Kräfte und die Autonomen zu einer Demonstration vor dem Tagungsort der Nato aufrufen. Die gemeinsame Demo wird jetzt nicht am Tagungsort der Aussenminister vorbeiführen. In der Regierung Berlusconi diskutiert man derweil über die Ausrufung einer autoritären Demokratie. Durch die

Indiskretion eines Staatssekretärs ist der Plan bekanntgeworden, sämtliche Innenstädte zu «gelben Zonen» zu erklären, in denen Demonstrationen verboten wären.

Das Gesetzesprojekt greift die sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen als Ganzes an, die derzeit gegen das Regierungsprogramm Berlusconi mobilisieren. Sergio Cofferati vom linken Gewerkschaftsverband CGIL hat Berlusconi bereits einen heissen Herbst angekündigt. Die Gewerkschaften mobilisieren unter anderem gegen eine Gesetzesprojekt, das Entlassungen erleichtern soll. Rifondazione ruft ihrerseits am 29. September zu einer nationalen Demonstration gegen die Regierung in Rom auf. Und der ehemalige Bürgermeister von Rom und Mitte-Links-Präsidentenskandidat Rutelli hat angekündigt, dass seine Zentrums-Bewegung «Margherita» für November eine Demonstration gegen das Gipfeltreffen der Welternährungsorganisation FAO in Rom angemeldet habe.

21. September 2001

## **Neapel: Die Alternative zur Barbarei**

**sit. Die No-Global-Bewegung in Italien wird am 26. September in Napoli gegen Nato und Krieg auf die Strasse gehen. Das ist die politische Antwort auf die Krieg-Terror-Krieg-Spirale. Ein schwieriges, aber für den Frieden zentrales Vorhaben.**

Der 26. September war in der Agenda der italienischen No-Global Bewegung bereits vor den Anschlägen in New York und Washington als fixer Termin gebucht. Ende August hatte die Gründungsversammlung des Napoli Social Forum (NSF – ein breites Bündnis von den Basisgewerkschaften Cobas bis hin zur Attac) eine Aktionswoche beschlossen und zu einer Grossdemonstration gegen das Nato-Gipfeltreffen vom 25. und 26. September in der Stadt am Vesuv aufgerufen.

Eine logische Fortsetzung vom «movimento dei movimenti» (die Bewegung der Bewegungen), die in Genua der Welt eindrucksvoll bewiesen hat, dass eine andere Welt möglich ist.

Nach den Terroranschlägen in den USA – man kann sie nicht oft genug verurteilen – ist auch für die No-Global Bewegung in Italien alles anders. Dies bestätigt ihr Pressesprecher Vittorio Agnoletto, fügt aber gleich hinzu: «Wir sind die Alternative zur Barbarei». In Neapel soll jene Stimme laut werden, die viele Mächtige dieser Welt mundtot machen wollen: die Stimme, die laut ein «Nein zum Krieg» in die Welt schreit. Entscheidend werden die Auseinandersetzungen in den Diskussionsforen sein, welche ab dem 20. September in Neapel beginnen, und das erfolgreiche Gelingen einer friedlichen Abschlusskundgebung. Davon hängt es ab, ob eine starke politische Antwort auf den bevorstehenden oder zu jenem Zeitpunkt möglicherweise bereits tobenden Krieg gegeben werden kann. Eine Antwort, die dringend notwendig ist. Die Welt droht von der Spirale «Terrorismus – Krieg – Terrorismus » in eine zerstörerische Logik gedrängt zu werden.

George W. Bush und seine Nato-Verbündeten haben den ersten Krieg des 21. Jahrhunderts ausgerufen. Die Gegenseite antwortet mit dem «Heiligen Krieg». In Tat und Wahrheit droht der gefürchtete Gewaltausbruch der Globalisierung: Das Aufeinanderprallen zweier völlig gegensätzlicher Fundamentalismen; der Fundamentalismus des Marktes und der religiöse Fundamentalismus. Diese Terror-Krieg-Logik führt zum Ende der Politik. Eine sachliche und differenzierte Diskussion der Gründe dieser todbringenden Logik werden teilweise bewusst verunmöglicht. Persönliche und politische Rechte werden eingeschränkt und eine imposante Propagandamaschinerie sorgt auf beiden Lagern für die nötige Gehirnwäsche. Franco Russo, Sprecher des Roma Social Forums stellt fest, dass «der Krieg die Politik tötet, indem die Grundrechte ausgeschaltet werden». Beweise dafür gab es bereits kurz

nach den fürchterlichen Bildern aus New York und Washington. Aus Regierungskreisen wurden Stimmen laut, welche die nach Genua überall entstandenen Sozial-Foren in ganz Italien zu kriminalisieren versuchten. Die italienische Regierung und ihre nahestehende Presse wird versuchen, die emotionelle Welle auszunützen, um die Meinungsäusserungsfreiheit einzuschränken.

Aber gerade deshalb müssen in Neapel die demokratischen Spielräume und Eingriffsmöglichkeiten der Politik verteidigt und ausgebaut werden. Die Antwort auf den Krieg kann nur eine politische sein. Wie Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione Comunista, in seiner Eröffnungsrede am Zentralvorstand des PRC richtig feststellte, steht die Bewegung der Bewegungen vor einer schwierigen, aber «bestimmt keiner unlösbaren Aufgabe». Das gemeinsame, friedliche Auftreten und das Erweitern des Bündnisses auf alle fortschrittlichen Kräfte sei deshalb von grösster Bedeutung. In Neapel steht das politische Sein oder Nichtsein der Bewegung auf dem Spiel. Neapel kann ein Meilenstein, oder ein Stolperstein werden, denn eines ist klar: Erhebt sich aus Neapel keine hörbare Stimme gegen den Krieg, steht der Barbarei Tür und Tor offen.

7. Dezember 2001

## **Metallarbeiter drohen**

**Angela Klein. Der «heisse Herbst», von dem im Juli in Genua die Rede war, hat begonnen. Am Freitag 16. November traten drei Viertel der italienischen Metallarbeiter für einen neuen Tarifvertrag in Streik.**

200000 Menschen folgten dem Aufruf der FIOM, der Metallgewerkschaft der CGIL, zu einer landesweiten Demonstration nach Rom. Die Regierung Berlusconi hatte sich für diesen Tag eine besondere Provokation ausgedacht: Sie kündigte an, den Artikel 18 des italienischen Arbeitsgesetzbuchs zu revidieren, der den Kündigungsschutz sichert. Das Gesetz erlaubt bisher Kündigungen nur in «begründeten und gerechtfertigten Fällen». Die Regierung möchte diese aufheben und willkürliche Kündigungen zulassen. «Wie vor den 70er Jahren», erklärt der Vorsitzende der CGIL, Sergio Cofferati, ein Hauptredner auf der Demonstration in Rom. Der Mann – vor ein paar Monaten noch Kandidat für den Vorsitz der Linksdemokraten (DS) im Gespräch war, will sich nicht auf die Losung des Generalstreiks festlegen. Aber er beschwört die «konkrete Gefahr des Bruchs zwischen den Gewerkschaften und der Regierung» und erklärt, die CGIL wolle «ein Hindernis auf dem Weg einer Rechten (sein), die unsere Rechte ausser Kraft setzen will». Cofferati will sich an «angemessenen Protestaktionen» zu beteiligen. Den Generalstreik fordert hingegen Claudio Sabattini, der Generalsekretär der FIOM. «Wir werden hier nicht Halt machen. Wenn Berlusconi den Artikel 18 streichen und die prekäre Beschäftigung steigern will, dann ist das eben ein politischer Streik.» Die Demonstration kreiste vornehmlich um drei Forderungen: die der Metallarbeiter nach einem neuen Tarifvertrag; die aller abhängig Beschäftigten nach Erhalt des Kündigungsschutzes und des Artikel 18 im Arbeitsgesetzbuch; und die nach demokratischen Rechten im Betrieb – denn die Arbeiter fürchten, dass mit den neuen Gesetzesvorhaben der Regierung auch ein Teil des Streikrechts unter die Räder gerät. «Man brauchte ihnen nur ins Gesicht zu schauen, um zu verstehen, dass sich etwas geändert hat», schreibt die Tageszeitung «Il Manifesto» am 17. November. «Die Metaller sind wieder in Rom. Sie streiken und demonstrieren für alle, sie scharen sich die neuen Generationen, die zahlreichen prekär Beschäftigten. Sie wurden beleidigt und ignoriert, als gesellschaftliches Subjekt für tot erklärt, es gäbe sie nur noch als Ware, die in Fabriken und Büros verkauft wird. Sie tragen von allen am schwersten an der Last der amerikanischen Globalisierung. Sie sind die Protagonisten.(...) Es gibt wieder Hoffnung, schaut euch um.»

Die meisten sind Junge und ganz Junge: Arbeiter in prekärer Beschäftigung, die sich jahrelang von Dreimonatsvertrag zu Dreimonatsvertrag hangeln, und das mit Familie und Kindern. Für sie ist es besonders riskant, am Arbeitskampf teilzunehmen, sie können als erste gefeuert werden. Aber für sie ist die Lohnknechtschaft auch am unerträglichsten: «Eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert.» Aber auch viele MigrantInnen sind unter ihnen: ein Gewerkschaftssekretär aus dem Senegal, der gerade mit dem Ramadan-Fasten begonnen hat; ein Sikh aus einer kleinen Fabrik in Reggio Emilia mit einer FIOM-Fahne in der Hand...

Die FIOM, schreibt «Il Manifesto», hätten zum breiten Protest gerufen und und das «Volk der Linken» sei ihnen gefolgt: RentnerInnen und Junge, alte und junge Arbeiter und Arbeiterinnen, prekär Beschäftigte und Studierende, MigrantInnen und das «Volk von Genua». Für Vittorio Agnoletto, Sprecher des Genoa Social Forum, ist es selbstverständlich, «an der Seite der Metallarbeiter für die gewerkschaftlichen Rechte zu demonstrieren, die die WTO in Katar wieder mit Füßen getreten hat». Für Luca Casarini, Sprecher der Tute Bianche, nicht minder.

Einen Tag später ziviler Ungehorsam in ganz Italien: Widerstandsaktionen aller Art: für die öffentlichen Schulen, für das Recht auf Wohnung, gegen den Krieg. Schulen, leerstehende Häuser und öffentliche Räume wurden besetzt und zu sozialen Zentren erklärt, die Banken blieben am Samstag zu, in Neapel demonstrierten die Erwerbslosen, im Erdölhafen von Porto Marghera die Arbeiter, in Rom die UmweltschützerInnen gegen Elektrosmog und für Grünflächen, in Turin und in Treviso die MigrantInnen für ihre Rechte. Die Gesellschaft brodelt, und die Metaller führen sie an...

22. März 2002

### **Wohlfahrtsministeriumsberater erschossen**

Cyrus Salimi-Asl. Italien kehrt zur Strategie der Spannung zurück. Genau vier Tage vor der Massendemonstration am Samstag gegen die reaktionäre Regierung Berlusconi wurde am Dienstag vergangener Woche gegen 20 Uhr 30 ein Berater des Wohlfahrtsministers Roberto Maroni (Lega Nord) erschossen. Der Ermordete, Marco Biagi (51), Arbeitsrechtler und Professor an der Universität Modena, hatte an der von den Gewerkschaften abgelehnten Änderung des Kündigungsschutz-Artikels 18 des Arbeiterstatuts mitgewirkt und war Co-Autor des Weissbuchs der Regierung zum Arbeitsmarkt vom Oktober 2001. Die Umstände des Attentats haben sofort an die Erschiessung von Massimo D'Antona denken lassen, der am 20. Mai 1999 in Rom vor seiner Haustür erschossen wurde. Wie Marco Biagi arbeitete auch Arbeitsrechtsprofessor D'Antona als Berater des Arbeitsministers. Damals haben sich die «Roten Brigaden — kämpfende Kommunisten» zum Anschlag bekannt. Die Ermordung von Marco Biagi ist ausgezeichnet dazu geeignet, die gesamte Gewerkschaftsbewegung und die Anti-Globalisierungsbewegung zu diskreditieren, wenn nicht zu kriminalisieren und in die Ecke der Gewalt zu drängen. Luca Casarini, Sprecher der so genannten «Ungehorsamen» (vormals Tute bianche) spricht denn auch von einem «Staatsdelikt», während Vittorio Agnoletto dazu aufruft, bei der Mobilisierung der Massen nicht nachzulassen.

5. April 2002

### **Italienische Gewerkschaften im Aufwind**

Cyrus Salimi-Asl. **Die Regierung Berlusconi macht in diesen Wochen mobil gegen**

## **die Arbeitnehmer, unterstützt vom Unternehmerverband Confindustria. Die Gewerkschaften halten dagegen.**

Wohlfahrtsminister Roberto Maroni (Lega Nord) will den Artikel 18 des Arbeiterstatuts ändern und so unrechtmässige Kündigungen in drei bestimmten Fällen ermöglichen, angeblich um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Nach dem neuen «Generationenvertrag» von Ministerpräsident Berlusconi sollen die Väter auf ihre Kündigungsschutzrechte, die nun Privilegien genannt werden, zugunsten ihrer Söhne verzichten, damit diese in Lohn und Brot kommen. Diese absurde Logik haben die italienischen Gewerkschaften zwar nicht geschluckt, doch hat die Gewerkschaftsfront an vielen Stellen Risse bekommen. Der katholisch orientierte Gewerkschaftsbund CISL und die UIL waren fast bis aufs Äusserste bereit, mit Wohlfahrtsminister Roberto Maroni (Lega Nord) und den Unternehmern über Arbeitsmarktreformen zu verhandeln, um sich in den Augen der Öffentlichkeit als «verantwortungsbewusste» und «gemässigte» Arbeitnehmervertreter zu präsentieren – im Gegensatz zu den vermeintlich «radikalen» Maximalisten der sozialdemokratischen CGIL, die auf keinen Fall über Artikel 18 verhandeln wollen. Dass es nun am 16. April doch zu einem gemeinsam organisierten Generalstreik kommt, ist letztlich nur der Sturheit der Regierung zu verdanken. Selbst CISL und UIL spielten da nicht mehr mit. Nach Jahren effektiver Nullrunden bei den Tarifverhandlungen, des Stillhaltens und Gürtel-Enger-Schnallens, um Italien «europafähig» zu machen, kehren die Gewerkschaften somit als Hauptakteure auf die Bühne der Politik zurück und fühlen sich im sozialen Aufwind der Massen. Bester Beweis war die CGIL-Grossdemonstration vom Samstag in Rom mit geschätzten drei Millionen TeilnehmerInnen. Die neue Qualität des Protestes wurde deutlich, da sich unter den Demonstrierenden viele Menschen befanden, die zuvor nie auf die Strasse gegangen sind. Der soziale Protest durchdringt die italienische Gesellschaft und erreicht bürgerliche Schichten – man denke nur an die Stellungnahmen namhafter Intellektueller, die sonst eher zur schweigenden Masse der Bevölkerung zu rechnen sind. Metalller, die um ihre Löhne fürchten, marschieren neben Lehrern, die die italienische Schule vor der schleichenden Privatisierung retten wollen. Auf diesem sozialen Ferment wachsen der ArbeiterInnenbewegung die Flügel, die es ihr erlauben, aus gehobener Position mit Regierung und Unternehmern zu verhandeln. Die Gewerkschaften profitieren zudem von den Auswirkungen der Mobilisierungswelle der Globalisierungskritiker. Der Versuch, dieses Protestpotential mit repressiven Massnahmen zu ersticken, schlug fehl, und mittlerweile öffnet sich auch die gemässigte italienische Linke ihren Ideen. «Rifondazione comunista», die am Donnerstag in Rimini ihren 5. Parteitag eröffnet hat, macht in der Anti-Globalisierungsbewegung ohnehin den privilegierten Gesprächspartner aus für den Aufbau einer linken Alternative. Ob die Proteste geeignet sind, die Regierung von Silvio Berlusconi ernsthaft in Bedrängnis zu bringen, müssen die nächsten Monate zeigen. Der Generalstreik am 16. April wird die nächste Machtprobe sein. Es liegt auf der Hand, dass keine Regierung eine zweite derart grosse Massendemonstration unbeschadet übersteht. Die Regierung fährt einen Frontalangriff gegen die abhängig Beschäftigten und versucht so, die Macht der Gewerkschaften zu brechen, die in den ersten Monaten der Regierung Berlusconi sichtlich angewachsen ist. Sie kommt damit zugleich einem klar erklärten Ziel der Unternehmer entgegen. Erste Etappe dabei ist, die drei Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL zu entzweien, was teilweise bereits gelungen ist. Das Attentat auf den Berater des Wohlfahrtsministers, Marco Biagi, liefert Regierung und Unternehmern weitere Munition, die Gewerkschaften gefügig zu machen. Die Aufrufe Berlusconis zur «nationalen Einheit» sind eine raffinierte Falle, um die sozialen Konflikte zu ersticken. Regierungsvertreter wie Europaminister Umberto Bossi (Lega Nord) und Verteidigungsminister Antonio Martino (Forza Italia) haben die CGIL sogar beschuldigt, mit ihren Forderungen und harten Kritiken gegenüber der Regierung indirekt mit

verantwortlich zu sein für den Mordanschlag. Eine absolut krude Logik, die an die «bleierne Zeit» der 70er Jahre und die Strategie der Spannung erinnert. Die Stossrichtung ist klar, denn die Gewerkschaften stellen ein Hindernis dar für die neoliberale Deregulierungspolitik Berlusconis. Wie schwach der Einfluss der Gewerkschaften sein kann, haben sie in den Jahren der Mitte-Links-Regierungen bewiesen. Der gewerkschaftliche Schmusekurs mit den Mitte-Links-Regierungen versetzte die Arbeiterbewegung in einen Dämmer Schlaf, aus dem sie nun machtvoll erwacht zu sein scheint. Fragt sich nur, wie lange die Mobilisierungsfähigkeit anhält. Wenn die Regierung Berlusconi stürzen sollte und die Gewerkschaften sich dann wieder in ihre Höhlen verkriechen, weil eine vermeintlich arbeiterInnenfreundliche Regierung an der Macht ist, hätten sie jede Glaubwürdigkeit verspielt.

12. April 2002

## **Den sozialen Konflikt ins Parlament tragen**

Cyrus Salimi-Asl. **Fausto Bertinotti, Sekretär der Partei «Rifondazione comunista» (PRC), hat auf der ganzen Linie gesiegt. Auf dem am vergangenen Wochenende in Rimini zu Ende gegangenen 5. Parteitag konnte er seine Linie durchsetzen.**

Bertinotti gelang dies gegen den Widerstand der Trotzisten und der sogenannten «Traditionalisten», die immerhin fast dreissig Prozent der Partei ausmachen und sich Prinzipien wie der Partei als Avantgarde im Klassenkampf verpflichtet fühlen. Die PRC hat sich nun endgültig vom schweren Erbe der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) gelöst und eine eigene Identität herausgebildet. «Rifondazione comunista» bleibt eine «antikapitalistische» politische Kraft, die sich das Ziel gesetzt hat, eine «neue kommunistische Partei der Massen» zu werden, wie es im neuen Parteistatut heisst. Die Neuerungen, die Bertinotti mit 63 Thesen in die Partei injiziert hat, betreffen vor allem die Rolle der PRC innerhalb einer sich dynamisch wandelnden italienischen Gesellschaft, die vom Aufkommen der Antiglobalisierungsbewegung und dem Wiedererstarren der Arbeiterbewegung gekennzeichnet ist. Überspitzt formuliert könnte man sagen, dass für Bertinotti (und mit ihm für etwa 60 Prozent der Partei) die Bewegung alles ist, die Institutionen (fast) nichts. Mit der globalisierungskritischen Bewegung sieht er am Himmel eine «neue Arbeiterbewegung» aufziehen, die er mit der traditionellen Arbeiterbewegung verschmelzen möchte, so wie am 23. März bei der Massenkundgebung in Rom geschehen. Die PRC schwimmt in dieser Bewegung mit, soll aber gleichzeitig das «institutionelle Ufer» für die Forderungen der GlobalisierungskritikerInnen bilden und den sozialen Konflikt ins Parlament tragen. Der erste Test für eine Konvergenz der Interessen wird der Generalstreik am 16. April sein, wenn, wie Bertinotti in Rimini erklärte, die ArbeiterInnen nicht nur für die traditionellen Lohnabhängigen in den Ausstand gingen, sondern auch für die zahlreichen neuen Lohnsklaven. Der PRC-Sekretär fand auf dem Parteitag nach langer Zeit wieder wohlwollende Worte für die Gewerkschaften. CGIL-Sekretär Sergio Cofferati, Organisator der Massendemo vom 23. März, wurde wie ein Star begrüsst. Bertinotti drängt die Gewerkschaften nun zu einer Radikalisierung der sozialen Auseinandersetzung mit der Regierung, um das Gesetzespaket zur «Reform» des Arbeitsmarktes endgültig zu Fall zu bringen. Er hielt ihnen in Rimini aber auch die Sünden der Vergangenheit vor: zehn Jahre sozialer Friede auf dem Rücken der

Arbeiterinteressen.

### **Liegt Bertinotti richtig?**

Fausto Bertinotti hat auf dem Parteitag nochmals deutlich seine Bereitschaft bekräftigt, gemeinsam mit dem Mitte-Links-Bündnis «Ulivo» Strategien für eine wirksame Oppositionsarbeit zu bestimmten Themen zu entwickeln. Eine programmatische Allianz schloss er jedoch aufgrund der fehlenden Voraussetzungen aus. Der «Ulivo» sei politisch tot und werde aufgrund seiner inneren Gegensätze zusammenbrechen. Im Augenblick der Krise des neoliberalen Globalisierungsprozesses und der wiedergewonnenen Stärke der ArbeiterInnenbewegung müsse die Linke im Parlament in erster Linie den sozialen Konflikt zum Gegenstand der Diskussion machen, dafür bedürfe es einer breiten Basis konvergierender Vorstellungen über eine Reihe von Themen, angefangen bei den von der Regierung geplanten Änderungen des Kündigungsschutzartikels 18 des Arbeitsgesetzes.

Ob Bertinotti auf dem richtigen Weg ist, wird sich in den nächsten Monaten weisen. Die Kommunalwahlen am 26. Mai werden ein wichtiger Prüfstein sein. Derzeit liegt die Partei landesweit bei rund fünf Prozent der Wählerstimmen. Wenn dieser Anteil nicht wächst, müsste Bertinotti sich eine Niederlage eingestehen, denn es würde bedeuten, dass seine Linie ohne Zuspruch neuer WählerInnen schichten bleibt. Letztlich ist das ja eine der Herausforderungen: neue WählerInnen gewinnen, vor allem unter jungen, globalisierungskritischen Menschen. Den politischen Kampf allein aus der Bewegung heraus zu führen, reicht in einer parlamentarischen Demokratie kaum aus. Das weiss auch Bertinotti, der sich den Vorwurf aus den eigenen Reihen gefallen lassen muss, die Partei wie ein übermächtiger Familienvater zu führen.

### **Sozialfaschisten und Neoliberale**

wa. Gianfranco Fini hat es geschafft. Der wiedergewählte Präsident der neofaschistischen Alleanza nazionale (AN) hat auf dem am Sonntag in Bologna zu Ende gegangenen Parteitag seinen Marsch durch die Institutionen mit einem weiteren Erfolg gekrönt. Die Gegensätze zwischen sozialfaschistischen und liberalen Strömungen hielt er unter der Decke. Der 50jährige Fini hat sein faschistisches Schwarzhemd bereits vor sieben Jahren gegen den grauen Anzug des aalglatten Berufspolitikers getauscht, als er die neofaschistische Kampfpartei Movimento sociale italiano (MSI) in Nationale Allianz (AN) umtaufte und seinen Mannen Rizinusöl verschrieb, damit sie ihre faschistischen Überzeugungen auskotzen. In der italienischen Regierung spielt Fini heute Vize-Ministerpräsidenten, und als Vertreter Italiens in Brüssel darf er sogar an der zukünftigen Struktur der Europäischen Union mitbasteln. Die extreme Rechte ist salonfähig geworden und bringt ihre dem Faschismus entnommene politische Kultur offen in die italienische Gesellschaft ein. Fini gibt sich als überzeugter Europäer, Föderalist und Freund der Amerikaner. Vergessen werden da schnell seine Äusserungen zu Mussolini («der grösste Staatsmann dieses Jahrhundert»), Homosexuellen («die dürften keine Lehrer werden») oder Drogensüchtigen (die zwangstherapiert werden sollen). In Bologna hat er deutlich gemacht, dass die Nationale Allianz sich keinen Urteilen mehr über ihre politische Herkunft zu unterwerfen habe. AN sei eine moderne rechte Partei, die «mehr Vaterland» in die italienische Politik tragen will – und natürlich die den Neofaschisten am Herzen liegenden Themen: innere Sicherheit, Immigration, Familie und Gott.

26. April 2002

**Nach dem Generalstreik in Italien**

**Cyrus Salimi-Asl. Nach dem erfolgreichen Generalstreik vom 16. April, bei dem 13 Millionen lohnabhängiger Werk­tätiger in den Ausstand getreten sind, steht die Regierung unter Zugzwang.**

Ministerpräsident Silvio Berlusconi will keinen Rückzieher machen bei seinen Arbeitsmarkt-«Reformen», insbesondere nicht bei der beabsichtigten Änderung des Artikels 18 des Arbeiterstatuts, der vor ungerechtfertigten Kündigungen schützt. Die sozialen Auseinandersetzungen gehen also vorerst weiter, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Die 13 Millionen Streikenden haben indes ein klares Signal ausgegeben. An die reaktionäre Regierung gerichtet, wenden sie sich entschieden gegen die Zerschlagung erkämpfter Rechte und sozialer Absicherungen. Und die Gewerkschaften als ihre legitimen Vertreter haben den Auftrag erhalten, sich nicht auf faule Kompromisse mit den Regierenden einzulassen.

Der 16. April hat bewirkt, dass sich die italienische Arbeiterbewegung nach Jahren deprimierender Niederlagen und effektiver Nullrunden bei den Tarifverhandlungen wieder ihrer Stärke bewusst geworden ist. Nur in wenigen Ländern legen auf einen Schlag 13 Millionen Werk­tätige – mehr als die Summe aller Gewerkschaftsmitglieder – ihre Werkzeuge für acht Stunden aus der Hand. Die Regierung Berlusconi wankt zwar noch nicht, aber sie ist doch arg erschüttert worden und würde weitere Massenproteste nicht unbeschadet überstehen können, zumal ein grosser Teil der Bevölkerung hinter den Forderungen der Gewerkschaften steht. «Der Generalstreik hat eine neue Phase eingeleitet, weil er gezeigt hat, dass die Gewerkschaften stärker sind und dass ihre Repräsentativität bestätigt wurde», sagte Savino Pezzotta, Generalsekretär des katholisch orientierten Gewerkschaftsbunds CISL.

Die Regierung sucht nun einen ehrenvollen Ausweg aus der Sackgasse, in die sie sich selbst hinein manövriert hat. Sie versucht, die Bedeutung des Generalstreiks und der Arbeiterproteste herunterzuspielen. Berlusconi erklärte bei seinem Staatsbesuch in Rumänien, dass acht von zehn Streikenden nicht gewusst hätten, wofür sie eigentlich in den Ausstand gegangen seien, kurzum sie seien manipuliert worden. Die Gewerkschaften sollen sich nun erst einmal austoben. Auf der Agenda stehen noch der Nationalfeiertag 25. April (Tag der Befreiung vom Faschismus) – in Mailand wird eine Grosskundgebung den sozialen Konflikt zum Gegenstand machen – und natürlich der 1. Mai. Danach will die rechte Regierung und vor allem Arbeitsminister Roberto Maroni (Lega Nord), der in dieser Woche zum Beschäftigungsgipfel der G8 im kanadischen Montreal fährt, die Gewerkschaften wieder an den Verhandlungstisch zwingen. Zum Regierungsangebot gehört jedoch nicht die von den Gewerkschaften geforderte Absage an die beabsichtigte Änderung des Kündigungsschutzartikels 18 des Arbeiterstatuts. Nach italienischen Presseberichten will die Regierung vorschlagen, die umstrittenen Regelungen aus dem Gesetzespaket zum Arbeitsmarkt (Artikel 18, Rentenreform etc.) so lange einzufrieren, bis die neuen, von der Regierungskoalition ausgearbeiteten Massnahmen zusätzlicher sozialer Absicherung in Kraft getreten sind. Das heisst, die Abschaffung des Artikels 18 soll mit Zugeständnissen an anderer Stelle erkaufte werden. Arbeitsminister Maroni plant unter anderem, die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld von jetzt sechs auf zwölf Monate anzuheben, den Geldbetrag jedoch in der Zeit progressiv zu mindern. Rund 700 Millionen Euro soll dies schätzungsweise kosten. Nach Angaben der Mailänder Tageszeitung «Corriere della Sera» gibt Italien ohnehin nur 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Arbeitslosenunterstützung aus, der europäische Durchschnitt liegt bei 1,9 Prozent. Weiterhin sollen die Arbeitsvermittlungen schrittweise privatisiert werden und die Arbeitslosen sollen zu Umschulungen verpflichtet werden, ansonsten droht der Entzug des Arbeitslosengelds – ganz im Sinne der in ganz Europa verbreiteten Vorstellung, dass viele Langzeitarbeitslose nur Faulenzer seien. Ob diese Vorschläge den Gewerkschaften

genügen werden, um die Arbeitskämpfe einzustellen, müssen die Verhandlungen beweisen. CISL-Chef Pezzotta will in jedem Fall wieder mit der Regierung verhandeln und könnte die Einheitsfront sprengen; dann hätte die Regierung eines ihrer Ziele erreicht.

Alles wird von den konkreten Vorschlägen des Arbeitsministers abhängen. Im Moment sitzen die Gewerkschaften am längeren Hebel. Die Chefs der beiden anderen Gewerkschaftsverbände, Sergio Cofferati (CGIL) und Luigi Angeletti (UIL), sind sich darüber einig, auch einen Volksentscheid herbeizuführen, der die Abschaffung des Artikels 18 rückgängig machen würde, sollte das Gesetz im Parlament durchkommen. Die Mitte-Links-Opposition «Ulivo» (Olivenbaum) und die Partei der Kommunistischen Neugründung («Rifondazione comunista-PRC») haben die soziale Bewegung innerhalb der italienischen Gesellschaft nun konkret aufgegriffen und sich an einen Tisch gesetzt, um die nächsten Schritte im Parlament und ausserhalb zu besprechen. Dem Vorschlag von PRC-Sekretär Fausto Bertinotti, per Volksentscheid den Kündigungsschutz aus Artikel 18, der nur Unternehmen mit mehr als 15 Angestellten betrifft, auf kleinere Firmen auszuweiten, wollen sich die «Ulivo»-Vertreter und auch CGIL-Chef Cofferati nicht anschliessen. Zu Bertinottis Anregung, das Gesetzespaket der Regierung zum Arbeitsmarkt im Parlament zu blockieren, äusserten sich die Mitte-Links-Vertreter auch nicht definitiv.

Am wahrscheinlichsten erscheint derzeit eine gemeinsame Unterschriften-Kampagne für eine Reihe von Volksentscheiden zu verschiedenen Themen (Berlusconis Interessenskonflikt, Umweltthemen etc.). Es scheint, dass das Bündnis der Mitte-Links-Parteien den sozialen Sprengstoff nicht einzuschätzen und in geeignete politische Massnahmen umzusetzen weiss. Um sich nicht als zu radikal zu präsentieren, lassen vor allem die Linksdemokraten (DS) den Zug der Zeit an sich vorbeiziehen.

31. Mai 2002

## **Die Antiglobalisierungsbewegung ist keine Episode der Geschichte**

**Violeta Forcade. Die Zeit der Stagnation endete mit Genua, sagt Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione Comunista. In einem Interview mit Mundo Obrero, der Zeitung der spanischen KommunistInnen, erklärt er, wie er sich die Neukonstruktion einer ArbeiterInnenbewegung des 21. Jahrhunderts vorstellt. Und was die Aufgabe der KommunistInnen in den anstehenden Kämpfen sei.**

### **Wie schätzen Sie die aktuelle politische Situation ein?**

Während des Streiks in den FIAT-Werken erlebte ich etwas, was mir von grosser Bedeutung scheint. Die CGIL rief zu einem Streik auf, und zwar nur sie allein. Die anderen Gewerkschaften hatten eine separate Übereinkunft getroffen. Es war ein überaus schwieriger Streik. Da ich während langer Zeit Gewerkschafter in der FIAT gewesen war, rief ich am Morgen an, um zu erfahren, wie es stehe. Der Genosse antwortete mir am Telefon, dass der Streik sehr gut verlaufe, weit besser als der letzte einheitliche Streik, zu dem alle Gewerkschaften zusammen aufgerufen hatten. Es würden viel mehr Leute streiken. Es sei viele Jahre her, dass man einen Streik wie diesen erlebt habe. Dann sagte er mir, ziemlich bewegt: «Fausto, die Zeit der Stagnation ist vorbei.» Mit «Stagnation» meinte er die letzten zwanzig Jahre, die dem Kampf für die 35-Stunden-Woche in den FIAT-Werken gefolgt waren. Und diese Zeit der Stagnation wäre nicht vorbei, wenn nicht die Ereignisse in Genua stattgefunden hätten. Der Streik in der FIAT hätte keinen Erfolg gehabt, wenn nicht zuvor in Genua

hunderttausende junger Leute demonstriert hätten. Die Kraft der Arbeiterschaft hat sich gewandelt und hat zugenommen, weil eine neue politische Generation die Bühne betreten hat.

### **Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung?**

Ja! Das war auch die Generation, die in Porto Alegre erschien. Hier beginnt eine neue Geschichte. Die Geschichte nämlich, auf welche eben diese – pluralistische – Bewegung hinzeigt: Eine andere Welt ist möglich. Als KommunistInnen müssen wir uns dieser Sache bewusst sein. Als ErInnen der grossen Geschichte des 19. Jahrhunderts stehen wir vor einer entscheidenden Wende. Wir müssen eine neue Geschichte in die Wege leiten, die die Irrtümer des letzten Jahrhunderts überwindet. Unsere Geburt setzte uns auf die Schultern eines Riesen, und dieser Riese hat eine schwere Niederlage erlitten. Jetzt müssen wir, ausgehend von dieser Geschichte, viel weiter gehen. Die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft rückt wieder ins Blickfeld: als Möglichkeit und als Notwendigkeit. Marx hat kein Lehrbuch geschrieben. Es geht ihm um eine Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft. Im Augenblick, wo der Weg sich öffnet, müssen wir klar begreifen, dass die Botschaft von Marx eine offene Botschaft ist. Sie ist nicht eine Anleitung, der wir entnehmen können, wie wir handeln sollen. Als erstes müssen wir den Mut haben zu sagen, dass heute und in der Zukunft Kommunismus und Stalinismus unvereinbar sind. Es ist dringend nötig, dass wir von der Bewegung lernen und dass wir selber sie etwas lehren.

### **Lassen sich diese Bewegungen gegen das herrschende System näher bestimmen?**

Es scheint dringend nötig, unter den KommunistInnen eine Diskussion von einigem Tiefgang über diese Frage zu beginnen. Es wird in allen kommunistischen Parteien über die Frage debattiert, was diese Antiglobalisierungsbewegung ist. Es gibt GenossInnen – sehr gebildete, sehr kommunistische Genossen und Genossinnen –, die diese Bewegung nur als Zwischenfall betrachten, im Grunde ohne Tragweite, weil sie keine Bewegung des Klassenkampfes sei, weil sie nicht von den Arbeitenden ausgehe, weil sie nicht ausdrücklich kommunistisch sei. Sie halten sie also für eine Episode. Ich sehe das ganz anders. Wir stehen vor einem historischen Ereignis. Diese Bewegung ist die Antwort auf die kapitalistische Globalisierung. Wie alle Protestbewegungen, welche in der Anfangsphase stehen, hat sie noch keine theoretische Alternative. Die streikenden ArbeiterInnen der ersten industriellen Epoche hatten doch auch noch keine ausgearbeitete, ausgereifte Antwort bereit. Im Licht der italienischen Erfahrung wird uns deutlich, dass diese Bewegung antikapitalistisches Potential enthält, und dass sich eine neue politische Generation in Szene setzt. Sie wird lange anhalten. Wäre es nicht so, so wäre diese Bewegung schon ausgerottet worden.

Im letzten Jahr hat die Bewegung schon schwerste Herausforderungen bestanden. Eine davon war Genua. In Genua wurde eine ausgeklügelte Repression organisiert. Das war nicht ein kleines Detachement von Polizisten, das von der italienischen Rechtsregierung den Befehl zum Einsatz erhalten und die Nerven verloren hat. So wie es heute internationale Zentren sind, in denen Kriege beschlossen werden, so wurde auch die Repression gegen die Antiglobalisierungsbewegung auf internationaler Ebene ausgedacht und beschlossen: Um mit ihr fertig zu werden, um sie zu zerstören, um sie hineinzuzwingen in eine Spirale von Repression, Gewalt und Repression.

Genua war dramatisch, es hätte wenig gefehlt, dass es zu einer richtigen Schlacht gekommen wäre. Wenn es nicht soweit kam, dann nur dank dem Grundzug dieser Bewegung: dank ihrer Kultur, ihrer Haltung, dem ganz und gar friedliebenden Charakter dieser neuen Generation. Wenn diese organisierte Repression auf meine Generation gestossen wäre, dann wäre es zu einer Schlacht gekommen. In der Tat konnte sich die

Bewegung dem Zugriff der Repression entziehen. Und konnte trotz ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung ihre Einheit bewahren. Ich habe noch nie eine so mannigfaltig zusammengesetzte Bewegung gesehen, in welcher jede Komponente den Wert der anderen respektiert. Jede Gruppe hat den Kampf, den die anderen Gruppen führten, für wichtig gehalten, und eine jede war bereit, für die gemeinsame Sache zu kämpfen. Diese Qualität hat die Feuerprobe bestanden.

Wenn man uns vor fünf Jahren gesagt hätte, dass sich tausende von Menschen in einer kleinen brasilianischen Stadt treffen würden, ohne von irgendeiner Gewerkschaftszentrale oder einer internationalen sozialen Bewegung dazu aufgerufen zu werden, so hätten wir das nicht für möglich gehalten. Das Unwahrscheinliche hat sich ereignet! Wir haben eine phantastische Erfahrung gemacht. Eine ganze Universität verwandelte sich in einen Ort, in dem hunderte von Seminarien abgehalten wurden, wo Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen und mit ebensovielen politischen Kulturen einander um derselben Frage willen begegneten. Was in Porto Alegre aufstand, war ein ganzes «Volk». Ein «Volk», das die Antwort ist auf die kapitalistische Globalisierung. Den Streik, der in Italien durchgeführt wurde, hätte es nicht gegeben ohne diesen Präzedenzfall. Kürzlich fand in Rom eine Demonstration von hunderttausend ArbeiterInnen statt, zu der keine der traditionellen Gewerkschaftszentralen aufgerufen hatte. Sie war von kleinen Gewerkschaften organisiert worden, die – hätten sie sie vor dem Ereignis von Porto Alegre organisiert – nur einige Dutzend Personen zusammengetrommelt hätten. Es waren aber hunderttausend. Und unter ihnen ArbeiterInnen der traditionellen Gewerkschaften. Metallarbeiter und Lehrerinnen haben sich der Demonstration angeschlossen, weil sie bei der Organisation der Demonstration in Genua zusammengearbeitet haben. Das einzige, was sie vor Genua taten, war miteinander zu diskutieren. Von Genua an aber haben sie einander anerkannt.

### **In welcher Richtung soll sich im Licht dieser Erfahrungen das politische Handeln der KommunistInnen bewegen?**

Unsere Politik soll von dieser neuen Bewegung ausgehen. Das Wichtigste ist, dass die Bewegung die Folgen der kapitalistischen Globalisierung anprangert, sie soll aber auch mehr und mehr deren Ursachen analysieren. Ich glaube, wir KommunistInnen sollten uns folgendes zum Ziel setzen: ausgehend von dieser Bewegung eine neue ArbeiterInnenbewegung zu schaffen, die ArbeiterInnenbewegung des 21. Jahrhunderts. Bei der Bildung dieser Bewegung müssen wir uns die Frage nach dem Aufbau des neuen Subjekts, des neuen verantwortlichen Trägers des Wandels stellen. Ich denke, dass wir KommunistInnen die Aufgabe haben, Einigkeit zu schaffen zwischen der traditionellen Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse und der neuen politischen Generation, die in diesen Bewegungen hervortritt.

### **Leben wir wieder in einer Zeit der Hoffnung?**

Ich halte es für möglich, ein neues Modell zu entwickeln. Das andere Europa, das Europa, das sich auf der Basis der neuen Bewegungen bilden kann, braucht einen neuen politischen Akteur, der sich dafür einsetzt, diesen hochwichtigen schöpferischen Wiederaufbau durchzuführen. Wir müssen ein neues politisches Subjekt konzipieren, in dem wir KommunistInnen ein wichtiges Element bilden, aber nicht das einzige. Eine Linke, die Alternativen vorschlägt, in die wir die politische Theorie einbringen können, über die wir verfügen, die gesellschaftlichen Erfahrungen, die wir machen, und vor allen Dingen: einen Beitrag leisten mit unserer Fähigkeit, uns mit allen anderen kritischen, nicht kommunistischen Kulturen zu verstehen. Auf diesem Weg, und nur auf diesem, lässt sich eine zivilisatorische Alternative aufzeigen.

### **Europäisches Sozialforum in Florenz**

Vom 7. bis zum 9. November wird in Florenz das erste europäische Sozialforum stattfinden. In Florenz sollen bis zu 10000 VertreterInnen verschiedener sozialer Bewegungen und der im Entstehen begriffenen «Sozialforen» der einzelnen Länder unter anderem über eine europäische Charta der grundlegenden sozialen Rechte diskutieren. Anfangs Mai fand das 2. Vorbereitungstreffen in Wien statt. Am 13. und 14. Juli wird sich die Karawane in Saloniki treffen. Kontrovers diskutiert wird unter anderem der Einbezug von VertreterInnen von Parteien. Ein Schnitt ist schon absehbar: Organisationen, die sich an sogenannten Mitte-Links-Regierungen beteiligen, gehören in Florenz nicht zu den geladenen Gästen.

21. Juni 2002

## **Strategie der Spannung**

Der Informatikexperte Michele Landi, der von der italienischen Staatsanwaltschaft beauftragt wurde, die Echtheit des Bekennerschreibens der Neuen Roten Brigaden zum Mord am Regierungsbeamten Biagi zu überprüfen, hat nicht Selbstmord begangen. Landi wurde am 5. April tot in seiner Wohnung in Rom aufgefunden, nachdem sein Bericht, der Geheimdienstkreise hinter dem erwähnten Bekennerschreiben ausmachte, veröffentlicht worden war. Eine Untersuchung von Landis angeblichem Freitod hat jetzt ergeben, dass eine Geheimdatei über seine Recherche-Ergebnisse zum Mord an Biagi von seinem Computer gelöscht worden ist. Zudem war er zum Zeitpunkt seines Todes derart alkoholisiert, dass eine eigenhändige Erhängung praktisch ausgeschlossen ist.

28. Juni 2002

## **Italiens Gelbe scheren aus**

Cyrus Salimi-Asl. **Der Bruch zwischen den drei grössten italienischen Gewerkschaftsbünden CGIL, CISL und UIL ist perfekt.**

Nach der Einheitsfront, die am 16. April zum achtstündigen Generalstreik gegen die beabsichtigte Änderung des Kündigungsschutzartikel 18 des Arbeiterstatuts führte, haben sich die moderaten CISL und UIL nun doch vom Zuckerbrot des Arbeitsministers Roberto Maroni (Lega Nord) locken lassen. Isoliert ist nun der sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsbund CGIL unter Führung von Generalsekretär Sergi Cofferati, der am 8. Juli sein Amt abgibt. Die reaktionäre Regierung von Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat erreicht, was sie wollte: die offene Frontstellung zwischen CGIL auf der einen Seite sowie CISL und UIL auf der anderen und die Aushebelung des Artikels 18, der ArbeiterInnen in Unternehmen mit mehr als 15 Angestellten vor unbegründeten Kündigungen schützt.

Für den Kuhhandel bietet die Regierung zum einen pro Jahr 700 Millionen Euro zusätzlich an für eine Erhöhung der Unterstützungsleistungen. Arbeitsminister Maroni hat versprochen, die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von bislang sechs auf zwölf Monate anzuheben, wobei auch die Höhe in den ersten sechs Monaten von vierzig auf sechzig Prozent des letzten Einkommens ansteigen soll. Zum anderen will die Regierung die probeweise Aussetzung des Artikels 18 auf nur noch einen Fall beschränken: In Unternehmen, die durch Neueinstellungen die Personalstärke auf mehr als 15 Angestellte hochschrauben, wird Artikel 18 für zunächst drei Jahre ausgesetzt. Für diese Zugeständnisse verzichten die Gewerkschaften CISL und UIL auf ihr mit der CGIL verabredetes kategorisches Nein zu einer Änderung des Kündigungsschutzartikels 18 des Arbeiterstatuts.

Konkret würde diese «Reform» bedeuten, dass Unternehmen mit der selben Anzahl Angestellter unterschiedlichen Regeln unterworfen und neu einstellende Firmen privilegiert sind. Gegen diese Ungleichbehandlung will CGIL-Chef Cofferati vor das Verfassungsgericht ziehen. Zudem plant er die Sammlung von Millionen von Unterschriften, um die Änderung des Artikels 18 per Volksentscheid rückgängig zu machen.

Dass CISL und UIL dieses Einfallstor in das in Arbeitskämpfen errungene Paket von Schutzrechten für Lohnabhängige akzeptiert haben, lässt der CGIL-Spitze keine Ruhe. Sergio Cofferati sprach von einem «ruchlosen Pakt» und musste sich dafür von Regierungsvertretern in die Nähe eines «Mafioso» und «Terroristen» rücken lassen; seine Anwälte kümmern sich nun um diese Beleidigungen. Seinen Kollegen Luigi Angeletti (UIL) und Savino Pezzotta (CISL) wirft Cofferati vor, den Pakt der Gewerkschaften mit den Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern zerrissen zu haben, «die wir zum Streik aufgerufen haben, um die Regierung zu zwingen, den Artikel 18 aus den Arbeitsmarktreformen herauszunehmen». Die CGIL hat bereits in verschiedenen Regionen Italiens mit Generalstreiks begonnen, unter anderem in Kampanien und der Lombardei. Die Regierung drängt nun die Führung von CISL und UIL darauf, das Abkommen mit einer offiziellen Unterschrift unter Dach und Fach zu bringen, möglichst noch am 2. Juli.

12. Juli 2002

## **Italiens «Bewegung der Bewegungen» zwischen «Multitude» und Divergenzen**

Cyrus Salimi-Asl. **Die italienische Antiglobalisierungsbewegung sei in der Krise, sagen die Zeitungen. Sie muss sich, angesichts eines enormen Mobilisierungspotentials der Gewerkschaftsbewegung, neu definieren.**

Immer näher rückt der Monat November, in dem in Florenz das Europäische Sozialforum (6. bis 11. November) stattfinden wird, das Vorbereitungstreffen des Alten Kontinents für das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre Anfang nächstes Jahr. Der November scheint noch weit, doch dazwischen liegt die fast ganz Italien lähmende Sommerpause, und die globalisierungskritische «Bewegung der Bewegungen» Italiens scheint seit einiger Zeit in einer Krise zu stecken. Behaupten zumindest die etablierten Medien.

Dabei jährt sich in diesen Tagen zum ersten Mal der Weltwirtschaftsgipfel in Genua, bei dem der Demonstrant Carlo Giuliani von den Carabinieri erschossen wurde. Diese Wunde ist noch frisch und die Anti-Globalisierungsbewegung erinnert in diesen Tagen an die brutale staatliche Repression gegen eine breite soziale Protestbewegung, die sich nicht in irgendwelche Schubladen zwängen lassen und schon gar nicht die Form einer politischen Partei annehmen will. Gedenkveranstaltungen finden in ganz Italien statt, die symbolisch wichtigsten Aktionen wurden natürlich in Genua organisiert und dauern vom 13. bis 21. Juli. Am 20. Juli wird um 17 Uhr 27, der Todeszeit Carlo Giulianis, von allen Plätzen der Stadt ein gemeinsames Signal ausgehen und ab 18 Uhr startet ein Protestmarsch vom Genueser Bahnhof Brignole.

Aber was ist wirklich dran an dieser vermeintlichen Krise, und wie sind die verschiedenen Komponenten der Bewegung landauf landab davon betroffen? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, gerade weil die Anti-Globalisierungsbewegung so heterogen ist und keine zentralen Leitungsgremien hat (die im Übrigen wohl auch niemand akzeptieren würde). Das Genoa Social Forum existiert nach Genua nicht mehr und ein Italy Social Forum ist nie entstanden. Orientierungspunkte, die auch immer

wieder in den Medien auftauchen, bleiben einzelne Persönlichkeiten der Bewegung, die aber nicht für alle sprechen können: Vittorio Agnoletto, vormals Sprecher des Genoa Social Forum; Luca Casarini, vormals Sprecher der «Tute bianche» (Weisse Overalls), die sich heute «Disobbedienti», Ungehorsame, nennen; Francesco Caruso vom neapolitanischen Netzwerk «No Global».

Nach den Erfahrungen in Genua sprangen lokale Sozialforen wie Pilze aus dem Boden, mit unterschiedlichem Erfolg und äusserst divergierenden Modi der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppen. Zum einen fungieren diese Sozialforen als zentrale Koordinations- und Anlaufstellen für diejenigen, die an konkreten Aktionen teilnehmen möchten. Zum anderen sind sie oftmals nur ein Steinchen in einem Mosaik bereits bestehender antagonistischer Gruppen in einer Stadt, von denen einige zum Teil auf eine langjährige Tradition zurückblicken können.

An erster Stelle sind hier die Centri sociali, die Sozialzentren, zu nennen, von denen es in fast jeder grösseren Stadt mindestens eines gibt – und die nicht immer gute Beziehungen untereinander pflegen. Wie beispielsweise in Rom, wo die verschiedenen Sozialzentren (Corto Circuito, Forte Prenestino, Spartaco, Ya basta! etc.) gemeinsam das römische Sozialforum mit aufgebaut haben. Nach einem schwungvollen Beginn im September vergangenen Jahres, als Tausende von AktivistInnen sich im römischen Sozialforum engagierten, waren die Verhältnisse im Februar diesen Jahres bereits völlig anders. Es herrschte eine gewisse Unbeweglichkeit, und die Ungehorsamen haben das Sozialforum verlassen, weil sie ihm die Legitimität und die Fähigkeit absprachen, die Bewegung zu organisieren.

Weitaus besser funktioniert die Zusammenarbeit in Mailand, wo das historische Sozialzentrum Leoncavallo mit der «Baustelle der Studentenkollektive» zum Sozialforum der Stadt gehören, die Ungehorsamen bleiben jedoch auch hier aussen vor. In Genua hingegen sind die Ungehorsamen weiterhin im Sozialzentrum der Stadt aktiv. Die Bewegung umfasst AktivistInnen der Sozialzentren, Junge KommunistInnen (Jugendorganisation der Partei «Rifondazione comunista» – PRC) und StudentInnenkollektive. Matteo Jade spricht in dem Wochenmagazin «Carta» von einer «erfolgreichen Erfahrung», weil die Genueser Ungehorsamen ein in ständigem Wandel begriffenes politisches Laboratorium geblieben seien. Das Sozialzentrum bilde einen offenen Ort, wo keine Gruppe versuche, eine irgendwie geartete Hegemonie auszuüben. «Die Sozialzentren sind eine grosse Ressource, vorausgesetzt wir treten alle einen Schritt zurück, die Ungehorsamen eingeschlossen», meint Matteo Jade. «Und hören wir endlich auf, den grossen Events hinterherzulaufen, denen der 'anderen' Konstruieren wir uns unsere eigene Agenda.» Auf europäischer Ebene existiert bereits ein Europäisches Laboratorium des Ungehorsams, das während der Aktionstage im Juli zusammentritt und auch mit allen anderen Gruppen der Anti-Globalisierungsbewegung in eine vertiefte Diskussion treten will über das europäische Sozialforum in Florenz im November, über den Artikel 18 des ArbeiterInnenstatuts, über MigrantInnen und sozialen Mindestlohn.

Neapel wiederum stellt in gewisser Weise einen Sonderfall dar, weil das Netzwerk «No Global», das bereits vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Genua entstanden war, kein Sozialforum neben sich dulden wollte. Im Grunde hat das Netzwerk die Funktionen eines städtischen Sozialforums übernommen, nur eben unter anderem Namen. Es umfasst sowohl Ungehorsame als auch die Jungen KommunistInnen der PRC. Die Beziehungen mit der Metallergewerkschaft FIOM und der Gewerkschaftslinken seien allgemein gut, sagt Peppe De Cristoforo, Sekretär von «Rifondazione comunista» in Neapel, aber die Bewegung stecke überall in Schwierigkeiten. Um diese zu überwinden, müsse man den Ungehorsamen ausweiten, «weil es nicht nur eine Form gibt», so De Cristoforo.

Das Schlagwort der Multitude, der Vielfalt ist besonders en vogue unter den

Ungehorsamen. Es bedeutet letztlich nichts anderes, als neue Ausdrucksformen der politischen Kultur und des Protestes auszuprobieren, ohne jedoch weiterhin bestehende Konflikte wie den zwischen Arbeit und Kapital zu den Akten zu legen. «Die Multitude bedeutet heute die Gesamtheit von Impulsen und Bestrebungen, die nicht auf ein einziges hegemoniales politisches Subjekt zurückzuführen sind», erklärte Pietro Rinaldi vom neapolitanischen Sozialzentrum Officina 99 gegenüber «Carta».

Die «Bewegung der Bewegungen» in Italien bleibt ein florierendes politisches Laboratorium, und das ist tatsächlich das Einzigartige, das sie von politischen Parteien und Gewerkschaften unterscheidet. Niemand könnte heute voraussagen, wohin die Reise geht und mit welchem Transportmittel. Altes und Neues mischt sich. Beim europäischen Treffen in Florenz im November wird es sicherlich heisse Diskussionen geben über Organisationsformen und darüber, ob, und wenn ja, wie man mit linken Parteien und insbesondere den Gewerkschaften zusammenarbeiten will. Letzterer Punkt könnte auch eine Erklärung dafür liefern, warum sich die Anti-Globalisierungsbewegung in Italien derzeit in einem Tief befindet. Die italienische ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung ist in diesem Frühjahr mit Macht aus einem politischen Dämmerenschlaf erwacht, der einige Jahre gedauert hat. Sie hat die politische Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Am 23. März hatte Sergio Cofferati, der Sekretär des grössten italienischen Gewerkschaftsbunds CGIL, drei Millionen Menschen zu einer Massenkundgebung nach Rom gebracht – so viele wie nie zuvor nach dem Krieg –, um gegen die Änderung des Kündigungsschutzartikels 18 des ArbeiterInnenstatuts zu protestieren. Die Globalisierungskritiker hatten sich der Demonstration zwar angeschlossen, doch der enorme Erfolg ist eindeutig der CGIL zu verdanken, weil sie es verstanden hat, klassenübergreifend die Massen zu mobilisieren. Am 16. April legten die Gewerkschaften mit einem achtstündigen Generalstreik alle Räder im Lande still. Der soziale Konflikt mit der Regierung und den Unternehmern war auf einem Höhepunkt und die Gewerkschaften offensichtlich stark wie lange nicht. Heute, ein Jahr nach Genua, müssen sich die GlobalisierungskritikerInnen genau überlegen, wie sie umgehen wollen mit der CGIL, die bei den Protesten gegen den G8-Gipfel noch betont auf Distanz ging zur Bewegung, dieses Jahr aber bei den Gedenkveranstaltungen in Genua mit dabei sein wird. Diese Kernfrage wird natürlich in Florenz diskutiert werden und berührt auch andere Länder, steckt in ihr doch zumindest ein Schlüssel für eine Ausweitung der Bewegung, die PRC-Sekretär Fausto Bertinotti ja als neue ArbeiterInnenbewegung am Horizont aufziehen sieht.

Dieser Herausforderung wird sich die «Bewegung der Bewegungen» stellen müssen. Luca Casarini kritisierte gegenüber «Carta» sogar die Sozialforen, die an vielen Orten den öffentlichen Raum «militärisch» besetzt und das gemeinsame Ziel aus den Augen verloren hätten. «Wir brauchen langfristig eine neue 'Internationale'», sagt Casarini, die «eine innovative politische Praxis voraussetzt, da eine neue Bewegung aufgetaucht ist, die drei Millionen Menschen auf die Strasse bringt und der 'Bewegung der Bewegungen' sagt, dass sie nicht mehr der alleinige Protagonist ist.»

26. Juli 2002

## **Genua – ein Jahr danach: «Die ‚Disobbedienti‘ wollen den Streik generalisieren»**

wa. **Dario Azzellini** von der Berliner Gruppe «FeIS» (Für eine linke Strömung) hielt sich über das vergangene Wochenende an den Mammutveranstaltungen zum Jahrestag der Ermordung von Carlo Giuliani in Genua auf. Ein Gespräch über die Diskussionen zwischen «Bewegungslinken» und GewerkschafterInnen und den

## **Stand der Bewegung.**

### **Wer war am vergangenen Wochenende in Genua auf der Strasse?**

Ein breites Spektrum. Gefehlt hat nur die Rete Lilliput, die katholische Bewegung, die vor einer Woche ihre Veranstaltungen durchgeführt hat. Dafür waren Gruppen des linken Gewerkschaftsverband CGIL präsent. Das Gros der Mobilisierung stellten aber erneut die unter dem Cobas-Dach vereinigten Basisgewerkschaften, die Rifondazione Comunista und die Bewegung der Ungehorsamen. Die «Disobbedienti» sind nach den Protesten in Genua entstanden. Sie vereinigen die Kräfte, die im Stadion Carlini zusammen waren – die Tute Bianche, die Giovani Comunisti und das No-Global-Netzwerk aus Neapel. Die Ungehorsamen sind eine Koordination für die Mobilisierung - ihr gemeinsamer Nenner sind der soziale Ungehorsam und die direkte Aktion.

Am Samstag haben sich in Genua 150000 Leute zur Demo getroffen. Es waren vier Mal so viele gekommen, wie die OrganisatorInnen erwartet haben. Nur einige anarchistische Sozial-Zentren haben sich aus dem Bündnis zurückgezogen – zusammen mit der «autonomia di classe», einem Nachfolgeableger aus dem Autonomia-Operaia-Umfeld, der nach wie vor auf die Diktatur des Proletariats orientiert. An dieser Separat-Demo haben aber nur tausend Personen teilgenommen.

### **Kann man nach Genua bereits von einem Bündnis der Bewegungslinken mit den Gewerkschaften sprechen?**

Dieses Bündnis war noch nicht richtig voll da. Der CGIL-Sekretär Sergio Cofferati hat zwar an der Gedenkfeier für Carlo Giuliani teilgenommen. Sein Gewerkschaftsverband hat aber die Mitglieder dazu aufgerufen, sich erst an der Schlusskundgebung mit der Bewegung zu vereinen. Das hat aber die Basis des CGIL nicht daran gehindert, mit ihren Fahnen an der Demonstration teilzunehmen. Es gibt eine klare Annäherung. Das wird für die im Herbst anstehenden Kämpfe sehr wichtig werden. Nach dem Generalstreik im Frühling hat die CGIL erklärt, dass die Politik der Sozialpartnerschaft am Ende sei. Sie will die Reform des Kündigungsschutzes mit Streiks definitiv niederringen. Die Disobbedienti ihrerseits wollen diesen Streik «generalisieren». Er soll nicht nur an den Arbeitsplätzen stattfinden, sondern in die Gesellschaft hinausgetragen und so den postfordistischen Arbeitsverhältnissen angepasst werden. Die Bewegung knüpft damit an die Erfahrungen von Sevilla an, wo der Generalstreik der spanischen Gewerkschaften an einigen Orten nicht nur acht Arbeitsstunden lang dauerte, sondern 24 Stunden lang. Blockiert wurde auch die Kommunikation, der Transport und der Warenverkehr. Die Disobbedienti wollen so auch in Italien die modernen Produktionsverhältnisse lahmlegen.

### **Kann die Bewegungslinke in einer Streikbewegung zum Machtfaktor werden?**

Ich denke schon. Die Ungehorsamen haben sich bisher kritisch auf die neuen Produktionsverhältnisse und auf die Arbeitswelt bezogen. Es ist ihnen aber nicht gelungen, neue Kampfformen in diesen Sektoren zu entwickeln. Das wurde als Schwäche erkannt. Heute erklärt die Metallergewerkschaft (FIOM), dass der soziale Ungehorsam eines ihrer Kampfmittel sei.

### **Die Disobbedienti thematisieren also die zentralen gesellschaftspolitischen Themen?**

Ja. Und sie rücken dabei die Frage der Migration und des Rassismus ins Zentrum, ganz besonders das nach Bossi und Fini benannte neue Ausländerrecht. Die antirassistische Bewegung beharrt dabei darauf, dass es sich bei der Bossi-Fini-Novelle um eine neue ArbeiterInnen-Gesetzgebung handle. Arbeitsrechte würden abgebaut, neue Sektoren prekärer Arbeitsverhältnisse geschaffen. In Genua wurde von Donnerstag bis Sonntag

über Rassismus, Streiks und ArbeiterInnenrechte diskutiert. Da wächst einiges zusammen. Vor kurzem gab es in Verona einen ersten MigrantInnenstreik, der zu erstaunlichen Resultaten führte. Die Disobbedienti wollen den Streik europäisieren. Sie treten für einen europäischen Generalstreik ein.

### **Für die linksradikale Szene des deutschsprachigen Raums ist das Europäische Sozialforum in Florenz im November kein Orientierungspunkt. Ist dies in Italien anders?**

Die italienischen Medien haben von der «Krise der Bewegung» gesprochen, weil die «Ungehorsamen» im Juni die Sozialforen öffentlich kritisiert haben. In ihrem Schreiben weisen die Disobbedienti auf Institutionalisierung und Verknöcherung hin. In den Sozialforen werde politische Repräsentanz gespielt. Die Medien interpretierten das wie gesagt als Krise. Das Schreiben war aber eine konstruktive Kritik. Die Disobbedienti haben angekündigt, sich künftig zentral an der Vorbereitung des European Social Forum zu beteiligen. Bis im Juni war das noch nicht der Fall.

### **Was bringen die Ungehorsamen in die Diskussionen von Florenz ein?**

Die Europäisierung der Kämpfe, die Erfahrung des sozialen Ungehorsams und das Thema Migration/Rassismus. Ob das wichtigste Ziel – die Europäisierung der Kämpfe – erreicht werden kann, ist allerdings fraglich. Es gibt Kontakte nach Spanien. Aber das, was in Italien an Bewegung vorhanden ist, findet sich in keinem anderen europäischen Land wieder. Auch mit der Kommunikation klappt es nur halb. Von Italien dringt nur wenig nach Nordeuropa. Das Konzept des sozialen Ungehorsams wird hier als schwammig empfunden. Wer in Italien ist und sieht, was sich bewegt, wird das ganz anders wahrnehmen.

23. August 2002

## **Berlusconi ficht Streikende**

**sit. In Italien beschlagnahmen Carabinieri die Namenslisten von Gewerkschaftsmitgliedern. Die Polizei will Streikende erfassen. Wer steckt dahinter? Italien steht vor einem «heissen Herbst».**

«Raus mit den Namen» titelt die kommunistische Tageszeitung «il manifesto» am 27. Juli 02 auf ihrer Frontseite. Das Titelfoto ist aus dem Jahre 1965. Man sieht Carabinieri, die bewaffnet in Reih und Glied stehen. Sie umstellen die Produktionshallen der FIAT in Turin, weil beim Autohersteller gestreikt wird.

Keine 24 Stunden vor dem Erscheinen der Zeitung hatten die Carabinieri von drei Firmen die Namensliste der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen verlangt und bekommen. Der Vorfall ereignete sich in Tolentino, einer Kleinstadt in der mittellitalienischen Region Marche. Bei der grössten der drei Unternehmungen, die in der Herstellung von Polsterstühlen spezialisierte und weltberühmte Firma «Frau», berief sich die Firmenleitung auf den Datenschutz und weigerte sich, die Namensliste auszuhändigen. Die Liste wurde von den Carabinieri kurzerhand beschlagnahmt.

In der süditalienischen Provinz Benevento klopfte die Polizei einen Tag später an die Türe der lokalen Arbeitskammer. Sie verlangte die Daten von jenen ArbeiterInnen, die am regionalen Generalstreik vom 12. Juli 2002 teilgenommen hatten. Für Aufsehen und Empörung bei den Gewerkschaften sorgte am selben Tag auch noch ein anderer mysteriöser Vorfall: Bei der Mailänder Stadtverwaltung wurden drei Computer geklaut. Genau jene, in denen die Daten eines grossen Teils der Angestellten abgespeichert waren. Die Diebe wissen jetzt, wer bei welcher Gewerkschaft organisiert ist.

Wer gab Carabinieri und Polizei den Befehl, die Namenslisten zu beschlagnahmen? Die Regierung hat sämtliche Verantwortung weit von sich gewiesen. Zu den Vorfällen in Benevento und Mailand gab es keine Stellungnahme. In Tolentino setzte das Innenministerium den lokalen Kommandanten der Carabinieri ab.

Wurde ein Bauer geopfert, um den König zu retten? Antonio Crispi, der verantwortliche Regionalsekretär der Gewerkschaft CGIL in Benevento, beantwortet die Frage mit einem sehr überzeugten «Si, chiaro, was glaubst du denn?» Für Crispi steckt die Regierung dahinter. «Es handelt sich bei allen Vorfällen um klare Einschüchterungsversuche. Sie zielen darauf ab, Angst und Spannungen innerhalb der Gewerkschaft zu erzeugen. Dies natürlich im Hinblick auf die kommenden Arbeitskämpfe im Herbst.» Er meint auch, dass Carabinieri und Polizei sehr gezielt vorgegangen seien. Bei der Firma «Frau» in Tolentino nahm die ganze Belegschaft am Generalstreik teil. «Es arbeitete keine Maus mehr», erzählt Kollege Antonio. «Wir hier in Benevento hatten am lokalen Generalstreik Mitte Juli eine Beteiligung von 98 Prozent.» Antonio verabschiedet sich mit den Worten. «Wir lassen uns aber von Berlusca nicht einschüchtern!»

25. Oktober 2002

## **«No work – no shop»**

Dario Azzellini. **Nach dem offenen Angriff der Regierung Berlusconi auf das vom 6. bis zum 9. November in Florenz stattfindende «Europäische Sozialforum» (ESF) haben wir Francesco Raparelli von der Bewegung der Disobbedienti gefragt, wie die radikalen Kräfte «Florenz» vorbereiten.**

### **Wo steht die Vorbereitung des ESF?**

Mitte Oktober sind die Gespräche zwischen der Vorbereitungsgruppe des ESF und den Regierungsinstitutionen abgebrochen worden, nachdem die Regierung gedroht hat das Schengener Abkommen aufzuheben. Diese Drohung besteht weiterhin. Begründet wird sie mit der angeblichen Anreise von «gewalttätigen Extremisten» aus dem Ausland. Das Innenministerium streut laufend Meldungen von vermeintlichen «5000 bis 6000 Black Block», die aus dem europäischen Ausland kommen sollen. Diese stellten nicht nur eine Gefährdung der Stadt dar, sondern auch des ESF.

**Der Innenminister Giuseppe Pisanu hat in einer Rede vor dem Parlament bestätigt, dass es – gemäß Paragraf 2 des Schengener Abkommens – «aus Gründen der öffentlichen Ordnung strenge Kontrollen» an den Grenzen geben soll. Was bedeutet das und wie wird die Bewegung darauf reagieren?**

Das ESF hat in einer Pressekonferenz reagiert und angekündigt, dass alle ParlamentarierInnen, die dem Forum schon immer nahe standen, also die von Rifondazione Comunista und den Grünen, in den Tagen an den Grenzen sein werden, um zu sehen, was wirklich geschieht. Ich denke die Kontrollen an den Grenzen werden sehr hart sein. Da aber die Abgeordneten und auch die Bewegung an den Grenzen präsent sein werden, werden die Grenzen Ort des Konflikts sein.

**Pisanu hat auch erklärt, die Stadt Florenz sei «nicht geeignet für das ESF». Was steckt hinter dieser Aussage?**

Wenn man auch seine anderen Erklärungen zum Black Block und zur Gewalt berücksichtigt, wird klar, dass es Pisanu um einen Bruch innerhalb des Forums geht. Er teilt das Forum in Moderate und Radikale, die Besetzungen von Banken und Aktionen in der Stadt planen; das sind die Ungehorsamen. Diese stellten deshalb ein Risiko für das

Forum und die öffentliche Ordnung in der Stadt Florenz dar. Aufgrund der Aussagen Pisanus ist anzunehmen, dass die Regierung verhindern will, dass das ESF stattfindet – oder zumindest, dass es in Florenz stattfindet. Das wurde sofort von der Presse aufgegriffen. Italiens größte Tageszeitung «Corriere della sera» titelte «Rettet Florenz». Sie forderte, das ESF sei aus Florenz fernzuhalten.

Innerhalb der Democratici di Sinistra (DS) verschärft dies die Spaltung und den Konflikt um das ESF. Denn die starke Strömung «correntone» innerhalb der DS setzt in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsdachverband CGIL und dem Europäischen Gewerkschaftsbund klar auf das Forum. Die Strömung um D'Alema hingegen will am liebsten gar kein Forum. Sie hat deshalb vor einigen Wochen die eigene Position in der Leitung durchgeboxt. Leonardo Domenici, der DS-Bürgermeister der Stadt Florenz, betont weiterhin, Florenz sei eine «offene Stadt», man müsse sehen, «wie das Forum durchgeführt werden kann». Das alles zielt darauf ab, die linken Komponenten der Bewegung aus dem Forum herauszuspalten.

### **Und wie haben die linken Kräfte der Bewegung reagiert?**

Es gab eine Pressekonferenz, an der Disobbedienti, Cobas und andere verkündet haben, die Breite der Bewegung, die moderate und radikale Teile beinhalte, stelle die Matrix der Bewegung dar – und das werde auch so bleiben.

### **Diese Woche haben die OrganisatorInnen des ESF die Gespräche mit den Institutionen wieder aufgenommen. Überschattet wurde die Angelegenheit davon, dass die Stadt Florenz und die regionale Regierung nur die Hälfte der Räumlichkeiten zur Verfügung stellen will, die sie ursprünglich versprochen hatte. Gibt es Neuigkeiten?**

Nein, bisher werden nicht genügend Strukturen angeboten. Es wird weiter verhandelt, doch wenn sich nichts tut, wenn kein geeigneter Raum angeboten wird, bleibt uns und vielen anderen keine andere Möglichkeit, als zu besetzen.

### **Wie stehen die Disobbedienti zum Forum?**

Wir werden massiv auf dem Forum präsent sein. Wir wollen sowohl drinnen als auch draussen sein, Unterschiede klar machen, aber keine abgetrennten Positionen einnehmen, wie sie von einigen auf europäischer Ebene vorgeschlagen wurden. Das interessiert uns nicht, wir wollen Teil des Prozesses des Aufbaus des Europäischen Sozialforums sein, und zwar in radikaler und konfliktiver Weise. Aber deswegen stehen wir noch lange nicht außerhalb des Forums. Diese Position nützt denen, die eine Teilung des Forums wollen. Die Position des Autonomen Forums, wie sie von der PGA vorgeschlagen wurde, steht nicht zur Debatte; das haben auch viele andere Kräfte der Bewegung in einer Stellungnahme nach einem Treffen am 5. Oktober in Barcelona deutlich gemacht.

### **Wem würde denn eine freiwillige Trennung, ein Fernbleiben der radikalen Kräfte vom offiziellen Forum, nützen? Und was wollen die Disobbedienti im Forum?**

Es würde dem Versuch nützen, das Forum zu polarisieren, zwischen den «moderaten und gewaltfreien» und den anderen, den «gewalttätigen», zu spalten. Es wird dann so aussehen, als ob sich im Forum jene befänden, die eben den Stand der Bewegung darstellen, wodurch diejenigen, die außerhalb stehen, wegen ihrer vermeintlich gewaltförmigen Praxis der Repression und Kriminalisierung ausgesetzt wären. Daher sagen wir, wir sind im Forum, wir durchqueren es in konfliktiver Weise. Wir wollen versuchen, eine kollektive Massendynamik in Gang zu setzen, ein anderes Treffen und Aktionen zu entwickeln, und eben auch Diskurse ausarbeiten. Das wollen wir unter anderem auf einem «Meta-Workshop» – wir sagen «no work – no shop» – über

Kommunikation umsetzen. Das läuft im Rahmen von «global» – einer Zeitschrift, die wir als Bewegung demnächst lancieren. Auf dem Forum wird es aber auch ein «Global Radio» und ein «Global TV» geben. Wir haben für die Tage des ESF einen Satelliten gemietet und werden vor Ort Fernsehen machen.

### **Glaubt ihr, dass das Forum ein Erfolg wird für die linkeren Teile der Bewegung?**

Wir hätten das ESF lieber in einer ganz anderen Dynamik und Situation organisiert als in Florenz. Es braucht heute den Impuls für einen neuen Zyklus globaler Kämpfe und nicht die Selbstdarstellung der Bewegung und den Aufbau eines organisatorischen Gerüsts. Wir brauchen ein offenes Experimentieren, wie denn globale Kampfzyklen in die Wege geleitet werden können. Das schliesst ein Experimentieren mit Praxen, ein gegenseitiges «Anstecken» unter den verschiedenen AkteurlInnen und eine Verwurzelung in den Konflikten, in denen die Subjekte stecken, ein – nicht einfach nur den vermeintlichen Aufbau einer formal europäischen Bewegung.

Die Gewerkschaften und Teile der DS hingegen bilden eine Achse mit Attac Frankreich und vielen trotzkistischen Organisationen in Europa. All diese Kräfte setzen nicht auf die Förderung von Bewegung, sondern auf politisch-personelle Repräsentanz.

Disobbedienti: Die Bewegung der «Disobbedienti» ist aus den verschiedenen Kräften hervorgegangen, die sich im Sommer 2001 im «Stadion Carlini» für die Proteste gegen den G8-Gipfel zusammengefunden haben. Neben verschiedenen autonomen, aus den Centri Sociali hervorgegangenen, Kollektiven (unter anderem die Tute Bianche) sind auch die «Giovani Comunisti» von Rifondazione Comunista Teil der Bewegung.

Francesco Raparelli, Aktivist der Bewegung der Disobbedienti aus Rom, ist Mitarbeiter der Zeitschrift «Posse» und Autor von zwei Beiträgen in «Genua – Italien – Geschichte – Perspektiven» (Assoziation A 2002), einem von Dario Azzellini herausgegebenen Sammelband mit Texten zur italienischen Antiglobalisierungsbewegung.

## **Die Streikbilanz der CGIL**

Cyrus Salimi-Asl. Der vom grössten italienischen Gewerkschaftsbund CGIL ausgerufene achtstündige Generalstreik vom 18. Oktober war ein voller Erfolg. Millionen von ArbeiterInnen im ganzen Land haben die Arbeit niedergelegt und zwei Millionen Menschen haben an den Protestveranstaltungen teilgenommen, so die Gewerkschaft. Der neue CGIL-Generalsekretär, Guglielmo Epifani, verbucht damit auch einen ganz persönlichen Erfolg, denn seinem Vorgänger Sergio Cofferati war es in diesem Frühjahr gelungen, die grösste Demonstration aller Zeiten zu organisieren. Wie damals ging es auch diesmal wieder gegen die geplante Änderung des Kündigungsschutzartikels 18 des Arbeiterstatuts, das die Regierung mithilfe der anderen beiden Gewerkschaftsbünde CISL und UIL geändert hat. CGIL-Chef Guglielmo Epifani richtete von Florenz aus einen Appell an die anderen beiden «abtrünnigen» Gewerkschaften. «CISL und UIL, ihr habt eine grosse Chance verpasst. Wir wissen, dass angesichts einer solchen Krise die gewerkschaftliche Einheit nötig ist und wir wissen, dass man gemeinsam stärker ist. Verliert nicht noch weitere Zeit, macht nicht noch weitere Fehler: Der Süden, FIAT, die Arbeiter verlangen von euch Kohärenz; sie verlangen, dass ihr wieder zu ihnen haltet.»

15. November 2002

## **Von Italien lernen**

**wa. Florenz war ein Neubeginn. Im Italien von Silvio Berlusconi ist nach Genua eine Bewegung entstanden, von der die europäische Linke viel lernen kann und lernen sollte.**

So langweilig wie an diesem Sonntag war der Sonntagsblick schon lange nicht mehr. Man hat die Seiten für Krawallberichte freigehalten. Dann war nix. Florenz hat nicht nur die Freunde von der Dufourstrasse auf dem falschen Fuss erwischt. Die OrganisatorInnen des ersten europäischen Sozialforums (ESF) hatten sich vielem zugewandt – nur nicht der Presse. So standen denn die heillos überforderten KollegInnen in den Hallen herum – ohne Decoder, der ihnen gedeutet hätte, was sich vor ihren Augen abspielt.

Eine Bewegung neuen Typs hat sich in Florenz zu Wort gemeldet. Schon am Mittwochabend war spürbar, dass historische Tage bevorstehen, als Dario Fò und Franca Rame auf der Piazza Santa Croce ihre Spottgesänge auf Oriana Fallaci und das Establishment vortrugen. 30000 Menschen gingen begeistert mit. Sie lachten, als es auf der Bühne ein Tohuwabohu gab, weil die StrassenmusikerInnen der «Bande» sich weigerten, die Soundanlage zu nutzen, um ihre Klänge auch den hinteren Reihen zugänglich zu machen.

Am Donnerstag und Freitag schnellte die Zahl der jungen Menschen, die sich beim ESF einschrieben, um an den hunderten von Workshops und Debatten teilnehmen zu können, auf über 50000 an. Am Samstagmorgen breitete sich unter den in der «Fortezza da Basso» weiterdebattierenden AktivistInnen die Sorge aus, dass man wegen der sich für die Demonstration um die Fortezza herum besammelnden Massen nicht mehr aus der «Burg» herauskommen würde. Am Abend wurden die Augen der sich langsam durch «Firenze libera» bewegenden Menschen feucht, als die an den Fenstern stehenden BewohnerInnen der Stadt nicht nur Fahnen schwenkten und Biskuits verteilten, sondern auch die Mitteilungen der Radios weitergaben, dass eine Million Menschen auf der Strasse seien.

Woher kam diese Million? Die rund 15000 aus den verschiedenen Ländern Europas angereisten «Delegierten» verloren sich in der Menge. Die italienischen Basisgewerkschaften, die Disobbedienti, die AktivistInnen der nach Genua in allen wichtigen Städten entstandenen Sozialforen, die Gruppen der roten Kulturvereinigung «Arci» und die Friedensbewegten, die GenossInnen von Rifondazione Comunista, die mit Bussen und Extrazügen aus ganz Italien angereist waren: Zweihunderttausend waren das sicher. Dazu kam die linke CGIL, die sich im Kampf gegen die Aushöhlung des Kündigungsschutzes von den beiden anderen Gewerkschaftsbünden – dem CISL und der UIL – getrennt hat: Die GewerkschafterInnen – angeführt von den gegen die Liquidation ihres Unternehmens kämpfenden Fiat-ArbeiterInnen – stellten den mit Abstand grössten Block. 200000 sollen es gewesen sein. Aber woher kam der grosse Rest der Demonstrierenden? Es waren Florentinerinnen und Florentiner aller Altersgruppen – und viele, unendlich viele junge Menschen aus ganz Italien, die der absurden Propagandamaschinerie Berlusconi widerstanden haben. Der «impresario» wollte mit den absurden Terrorgeschichten, die er vor Florenz verbeitet hatte, der Bewegung die Spitze brechen. Er hat sich bei diesem Versuch so kläglich verrechnet, dass ihn der Bürgermeister von Florenz am Sonntag auffordern durfte, sich bei den FlorentinerInnen zu entschuldigen.

Möglich wurde dies, weil sich die italienische Antiglobalisierungs-Bewegung in den 15 Monaten seit Genua entwickelt hat. Sie ist der Falle ausgewichen, die ihr das Regime mit der monströsen Welle der Repression gestellt hat. Die «tute bianche» mutierten zu den «disobbedienti» und fusionierten mit anderen AktivistInnen der diversen «autonomen» Sozialzentren und dem «Jugendverband» von Rifondazione. Die «disobbedienti» bezogen sich auf die Kämpfe der Gewerkschaftslinken. In den wie Pilze aus dem Boden schießenden Sozialforen vernetzten sich traditionellere linke Zusammenhänge. Die GenossInnen von Rifondazione, deren Generalsekretär Fausto Bertinotti neben Casarini, Ingrao und Rosana Rossanda einer der grossen Shooting Stars von Florenz war, agierten in den diversen Segmenten der Bewegung, ohne den

Anspruch zu erheben, Avantgarde zu sein. Das war die Konstellation, die der CGIL die Tore nach Florenz geöffnet haben. Dieser Verbund: Das war Florenz.

Was ist die Qualität dieser Bewegung? Dass sie die Vielfalt ihrer Komponenten und deren Aktionsformen akzeptiert und trotzdem Kohärenz entwickelt hat. Wer nicht Nein zum Krieg sagt, wer neoliberalen Rezepten applaudiert, der gehört nicht dazu. Beide Kriterien schliessen die Sozialdemokratie kategorisch aus. Dass dem so ist, zeigte die Sozialistische Internationale in Florenz gleich selber: Die Führer der belgischen, der französischen und der italienischen Sozialdemokraten hatten sich am Freitag in einem Vorort von Florenz versammelt, um über die Globalisierung zu diskutieren. 200 seien ins Volkshaus von Sesto gekommen, berichtete der «Corriere di Firenze».

Es ist nicht der alte Streit zwischen Reform und Revolution, der an diesem Wochenende die 200 von Sesto und die Hunderttausenden von Florenz getrennt hat, sondern ihr Verhältnis zur Macht, zum Establishment. Was das für eine Partei wie Rifondazione heisst, die ein zentraler Teil der Bewegung ist, hat Fausto Bertinotti am Freitagabend in einem mit über 5000 Menschen vollgepfropften Saal gesagt. Er hat sich in seiner Intervention radikal von altlinken und grünen Vorstellungen distanziert, die Bewegungen als Foren verstehen, in denen Themen aufs politische Parkett gebracht werden, für die die Parteien dann in der Sphäre der Politik Lösungen formulieren müssten. Die Bewegung formuliere die Antworten auf die Fragen, die sie aufwerfe, schon selber, sagte Bertinotti. Die Bewegung sei der Ort, der die politische Debatte erst wieder möglich mache – «così rinasce la politica», hiess es am Freitag in der «Liberazione». Lenin habe davon gesprochen, dass die Revolution der Köchin die Möglichkeit gebe, an der Spitze eines Staates zu stehen, sagte Bertinotti. Heute wolle die Köchin aber Köchin bleiben ... und den Staatschefs sagen, was sie zu tun hätten.

Es versteht sich von selbst, dass ein solches Selbstverständnis einer Bewegung, die sich gern als «Multitude» sieht, eine Baustelle ist. Eine der Fragen, die sich auf dieser Baustelle stellen, hat Pietro Ingrao an einer der Mammutveranstaltungen in der Fortezza da Basso aufgeworfen. Er stellte mit Sorge fest, dass die gewendeten GenossInnen der KPI um d'Alema und Veltroni drauf und dran seien, das Kernstück der antifaschistischen Nachkriegsverfassung preiszugeben: Den kategorische Imperativ, dass Krieg kein Mittel der Politik sein dürfe. Der grosse alte Mann der kommunistischen Bewegung Italiens hat die «No-Globals» aufgefordert, die Palazzi zu stürmen, damit dieser Imperativ nicht auf dem Müll der Geschichte lande. Wie aber aus der Bewegung jene politische Macht entstehe, die verhindert, dass die Dinge so laufen, wie sie zur Zeit laufen – das sei die ganz grosse Herausforderung. Für die Suche nach den Antworten auf diese Frage hat ein bitterer, aber nicht verbitterter Pietro Ingrao allen, die am 9. November auf die Strasse gegangen sind, viel Glück gewünscht. Die im Saal anwesenden 5000 dankten es ihm mit «Standing Ovation».

## **Nicht zum blossen Zeugen werden...**

**Dario Azzellini. Luca Casarini, Sprecher der Disobbedienti (Ungehorsame), zieht nach dem Sozialforum die Bilanz der Bewegung, die dabei und doch auf Distanz war.**

Während des Europäischen Sozialforums (ESF) trafen sich die Disobbedienti auf der Pferderennbahn von Florenz, die sie nach langem Hin und Her den Behörden abgetrotzt hatten. Dort organisierten sie sowohl eigene Veranstaltungen, wie auch zwei Tage lang ein «Global TV», das über Satellit und Internet weltweit ausgestrahlt wurde. Gestartet wurde auch mit «Global Radio», das nun mindestens ein Jahr lang über Satellit und Internet zu empfangen sein soll. Die Disobbedienti nahmen an Veranstaltungen des ESF teil und führten zwei Protestaktionen in Florenz durch. Es ging ihnen darum, «auch

den Konflikt deutlich zu machen und nicht dem konstruierten Bild zu entsprechen, dass diese Bewegung brav über eine andere Welt diskutiert, aber nichts aktiv dafür tut». Am Freitagmorgen haben mehrere StudentInnenkollektive, die sich zu den Disobbedienti zählen, die italienische Verlegervereinigung SIAE besetzt, um gegen das Copyright zu protestieren. Die Räumlichkeiten wurden genutzt, um auf den Computern vor Ort «Debian Gnu/Linux» zu installieren, CDs und Bücher zu kopieren und alles kostenlos zu verteilen. Am gleichen Tag drangen fast hundert Disobbedienti in die bei Florenz gelegene Caterpillar-Baggerfabrik ein und besudelten alles mit roter Farbe, da Caterpillar Bagger an die israelische Armee liefert, die dort eingesetzt werden, um palästinensische Häuser und Siedlungen niederzureissen.

### **Welche Bilanz ziehen die Disobbedienti nach dem Sozialforum?**

Luca Casarini: Wir hatten vorher darüber diskutiert, wie dieses ESF von uns «durchquert» werden kann. Das ESF ist ja ein komplizierter Raum, öffentlich, aber nicht einfach. Denn es besteht die Gefahr, vom babelartigen Reichtum an Sprachen, Kulturen und Ansätzen in die Armut des Supermarkts zu verfallen. Ein Supermarkt mit Minigruppen, die sich teilweise sogar auf Stalin oder Bin Laden beziehen. Es war uns ausserdem wichtig, in das ESF hineinzuwirken, da es eine politische Operation gab, die vor allem in den italienischen Zeitungen zu lesen war. Sie verbreiteten das Motto, der einzige korrekte Weg, Bewegung zu machen, sei derjenige, bei dem nichts passiert. Letztlich galt es für uns, Treibsand zu durchqueren. Es war sehr schwer. Aber ich denke, es war richtig, es trotzdem zu tun. Eine Multitude kann nicht organisiert werden, die Kleingruppen sind ihr völlig egal... Unser Anliegen war zu sehen, wie wir uns in dieser Multitude bewegen können.

### **Die Disobbedienti haben mit direkten Aktionen versucht, das Bild des ESF zu beeinflussen. Besonders gut gelungen ist das nicht.**

Es war schwer, den Kriminalisierungsversuchen der Regierung etwas entgegenzusetzen und gleichzeitig diese Multitude zu durchqueren, um Botschaften zu senden. Das war der gordische Knoten. Wir haben uns etwas allein gefühlt, weil wir die einzigen waren, die immer wieder gesagt haben, dass es wichtig ist, das Element des Ungehorsams, der direkten Aktion, der Nicht-Kompatibilität aufrecht zu erhalten. Das bedeutet aber eben auch, sich nicht von den Leuten abzusetzen. Es war wunderbar, wie die Menschenmassen auf der Demonstration geklatscht haben, als wir vorbeigegangen sind. Und niemand kann behaupten, die Menschen wüssten nicht, was wir gesagt haben, das kann man vielleicht bei allen anderen Strömungen sagen, aber wir haben immer wieder deutlich gesagt, was wir denken und mit welcher Haltung wir zum ESF kommen. Viele Leute teilten unsere Einschätzung, dass es weitergehen muss mit Aktionen. Aber vielleicht hätten wir fünfzig Aktionen organisieren müssen. Darüber hinaus haben wir die Erfahrung mit Global Television gemacht. Für uns war es ein völlig neues Terrain, sehr interessant und mit enormem Potential. Und dann gab es noch Global Radio.

### **Das ESF als Markt der Möglichkeiten kam ja bei vielen gut an. Selbst bei Berlusconi...**

Wenn demnächst der Krieg beginnt, werden diese anderen Ansätze weggespült werden, denn es wird über konkrete Aktionen geredet werden müssen und nicht über Theorien und Politmarketing. Als «Ungehorsame» konnten wir feststellen, dass diese Bewegung mittlerweile riesig ist. Selbst unser Disobbedienti-Block war eine Multitude an sich, riesig, bunt, vielfältig.

Jetzt steht ein anderes Problem vor uns. Wir müssen die direkte Aktion, den Konflikt wieder anschieben. Einen Konflikt, der zusammen mit einem politischen Projekt zur

Seele der Bewegung wird. Berlusconi hat gesagt, dass das, was geschehen ist, die richtige Art sei, Opposition zu machen; aber wenn Berlusconi und der Innenminister das sagen, dann sollten wir uns dem Problem stellen. Wenn sie kein Problem haben, dann haben wir ein Problem. Wenn wir keine Probleme haben, dann haben sie ein Problem. Deswegen bin ich nicht für etwas zu haben, bei dem man sagen kann «alle haben gewonnen». Wir müssen gewinnen! Jene, die sich dem Krieg entgegenstellen, müssen gewinnen – jene, die denken, es müsse eine wirkliche soziale Opposition geben, die der Regierung und den Mächtigen Probleme bereitet! Wie diese aussieht, ist noch eine offene Frage, aber eben der zentrale Punkt.

### **Was bedeutet das konkret?**

Das europäische Netzwerk der Ungehorsamen hat sich vorgenommen, innerhalb der ersten 24 Stunden nach Kriegsbeginn Aktionen des Ungehorsams durchzuführen und nicht nur zu sagen, dass der Krieg nicht in Ordnung ist. Das haben wir mit einer Million Menschen gesagt, jetzt muss es darum gehen, wie man den Krieg aufhält – oder zumindest nicht zum blossen Zeugen wird. Wir werden sehen. Die richtige Welt beginnt nach dem ESF.

## **Florentiner Tagebuch**

**Von Gerhard Klas**

**6. November.** Gespannt wartet Florenz auf die abendliche Grossveranstaltung zur Eröffnung des Europäischen Sozialforums. Die Berlusconi-Regierung warnte in den vergangenen Wochen immer wieder vor den «Vandalen», welche die Kunststadt am Arno in Schutt und Asche legen werden. Die bekannte Schriftstellerin Oriana Fallaci vergleicht in einem offenen Brief der konservativen Tageszeitung Corriere della Serra die Teilnehmer des Forums sogar mit Nazihorden, die 1944 die Brücken des Arno in die Luft gesprengt haben. Der Filmregisseur Franco Zeffirelli, ein Vertreter der rechten Kulturelite in Italien, schlägt die Schriftstellerin deshalb als «Beschützerin von Florenz» sogar für eine Seligsprechung vor. Schon am Mittwoch ahnen viele, dass die Rechnung der römischen Zentralregierung nicht aufgeht. Dazu trägt vor allem die offensive Strategie der italienischen und europäischen Organisatoren des Sozialforums bei. Auf den grossen Plätzen der Stadt verteilen mehrere hundert der insgesamt über tausend freiwilligen HelferInnen Zeitungen an die Bevölkerung, um sie über das Anliegen des ESF aufzuklären. Während ein Reisebus nach dem anderen nach Florenz rollt, fahren am Mittwochnachmittag mehrere tausend ESF-Besucher nach Livorno, um dort gegen das US-Militärcamp Darby zu demonstrieren. Die US-amerikanische Regierung hat sich bis ins Jahr 2050 die alleinige Verfügungsgewalt über militärische Aktionen vertraglich garantieren lassen – sehr zum Missfallen vieler BewohnerInnen der Toskana, die sich ebenfalls an der Demonstration beteiligten. Camp Darby liegt zudem mitten in einem Naturschutzgebiet, dem der Präsident der Region Toscana, Carlo Martini, den Namen «Park des Friedens» gegeben hat.

**7. November.** Um das Gesicht eines «anderen Europas» ging es auf einer der Konferenzen. Dort wurde von verschiedenen RednerInnen die Rolle der EU bei der Privatisierung der öffentlichen Dienste, der Steuer- und Zinspolitik sowie ihre Politik in den internationalen Institutionen – der Weltbank, der Welthandelsorganisation und dem Internationalen Währungsfonds – zur Sprache gebracht. Denise Cormann von der belgischen Nichtregierungsorganisation CADTM machte darauf aufmerksam, dass die Verschuldung der Dritten Welt nicht nur ökonomische, sondern auch politische Konsequenzen hat und die EU auch dort ein entscheidendes Wort mitredet. Zum

Beispiel wenn der grundsätzlich zu begrüßende Schuldenerlass vor allem für politisches Wohlverhalten erteilt wird, wie jüngst in Pakistan. Die Regierung in Islamabad hatte ihr Land als Aufmarschgebiet der «Anti-Terror-Allianz» zur Verfügung gestellt. «Mit der Auslandsverschuldung werden die Länder des Südens politisch erpresst», resümiert Cormann. Deshalb müssten auch bei der Auslandsverschuldung die Bürger die Kontrolle über Entscheidungen bekommen. Das meinte auch Barry Coates von der NGO World Development Movement mit Blick auf die weltweite Privatisierung der öffentlichen Dienste. Doch eine Kontrolle des Dienstleistungssektors sei nur gegen die Interessen der Konzerne durchzusetzen. Ein Mittel dazu seien die Instrumente der Steuerpolitik, konstatierten einige ÖkonomInnen, von denen die Steuer auf grenzüberschreitende Finanztransaktionen, die sogenannte Tobin-Tax, nur eine unter vielen sei.

**8. November.** Auch viele FlorentinerInnen besuchen die Konferenzen des Sozialforums, auf denen sie sich ein Bild über die TeilnehmerInnen machen können. Am Freitagmorgen sprachen zum Beispiel eine Vertreterin der amerikanischen Friedensbewegung, die stellvertretende Vorsitzende von Attac-Frankreich, italienische und tschechische FriedensaktivistInnen, Tobias Pflüger von der Antimilitaristischen Initiative Tübingen und der britische Universitätsprofessor Alex Callinicos über die Rolle der «EU in der neuen Welt (Un)-Ordnung». Susan George traf mit ihrem Beitrag gegen einen Krieg im Irak und ihrer massiven Kritik an der Politik der USA die Stimmung der fast 4000 BesucherInnen in einem grossen Konferenzsaal in der Festung da Basso. Andere Redner wie Alex Callinicos knüpften daran an, sprachen sich jedoch vehement gegen die Haltung aus, die EU könne sich zu einem internationalen Gegengewicht entwickeln. «Die EU ist ebenso eine imperialistische Macht, darüber brauchen wir uns keine Illusionen zu machen», so der Universitätsprofessor. Tobias Pflüger untermauerte diese These und beschrieb den gerade stattfindenden Aufbau einer 60000 Soldaten starken EU-Eingreiftruppe. «Bei dieser Truppe geht es um Angriff», erläuterte Pflüger.

**9. November.** Der geplante Krieg gegen den Irak war das eigentliche Hauptthema der Demonstration. «Es ist ganz deutlich: Europa will diesen schmutzigen Krieg nicht. Regierungen und Konzerne müssen mit diesem Europa rechnen», so einige Sprecher des Florentiner Sozialforums, «vielleicht können wir eine militärische Offensive der USA nicht verhindern, aber bestimmt die Unterstützung dieses Krieges in Europa». Auffallend war die Teilnahme der italienischen Rifondazione Comunista (PRC), und ihrer Jugendorganisation Giovani Comunisti. Mehrere tausend Fahnen der PRC wehten am Samstag im Wind der toskanischen Hauptstadt. Viele Mitglieder der PRC arbeiten in der «Bewegung der Bewegungen», wie das globalisierungskritische Spektrum in Italien genannt wird, seit die Partei der Option einer Mitte-Links-Regierung eine klare Absage erteilt hat. Ihr Stimmenanteil bei Umfragen nähert sich inzwischen der Zehn-Prozent-Marke. Mittlerweile scheinen sich auch weitere Parteien diesem politischen Kurs anzunähern. Aus Frankreich war eine Delegation der französischen KP gekommen, die bei den letzten Wahlen durch Parteien wie die Revolutionäre Kommunistische Liga (LCR) erheblich unter Druck geraten war und bei den letzten Wahlen enorme Stimmenverluste einstecken musste. Die Mitglieder der LCR arbeiten seit Jahren in den sozialen Bewegungen, während die französische KP bis im vergangenen Jahr als kleiner Koalitionspartner der «Sozialistischen Partei» ein eher instrumentelles Verhältnis zu den Bewegungen hatte.

## **Domodossola war Niemandsland**

wa. Fernab von den Grenzaktionen der Disobbedienti und des «Genoa Legal Forum»

kam es am 6. November in Domodossola zum Eclat. Beim Grenzübertritt der grössten Schweizer Gruppe, die zum Sozialforum nach Florenz reisen wollte, wurden vier AktivistInnen aus dem Umfeld der Berner Reithalle und ein gutes Dutzend Jusos und EvB-Leute von italienischen Grenzbeamten aus dem Zug geholt. Während letztere mit Bummler statt Cisalpino weiterreisen mussten, wurden zwei BernerInnen in die Schweiz abgeschoben. Für David Böhner und Annina Würtz gab es Prügel und eine Gefängnisnacht. Dank der Unterstützung italienischer Anwälte wurden die beiden nicht abgeschoben. Der Anti-WEF-Aktivist David Böhner und ein am Mittwoch in die Schweiz zurückgewiesener Berner Kollege erreichten am Freitag das Sozialforum. In Ventimiglia, am Brenner, an der Grenze zu Slowenien, in Ancona und auf den Flughäfen von Rom und Pisa waren italienische AktivistInnen aktiv. Für etliche GlobalisierungskritikerInnen gab es zwar längere Wartezeiten. Laut den OrganisatorInnen des Sozialforums konnten jedoch nur drei Deutsche nicht einreisen, die in der Diaz-Schule in Genua verhaftet worden waren. Gravierender sind die Visa-Verweigerungen, mit denen Berlusconi Angestellte diversen AktivistInnen aus Nicht-EU-Ländern die Teilnahme am Sozialforum verweigert haben.

22. November 2002

## **Cosenza: Inquisition gegen die Bewegung**

**Dario Azzellini. Vermummte Carabinieri und Angehörige der politischen Polizei Digos stürmten in der Nacht auf den 15. November zahlreiche Wohnungen in Neapel, Cosenza und in sechs weiteren süditalienischen Städten. Zwanzig Personen wurden verhaftet und in verschiedene Gefängnisse transportiert.**

Francesco Caruso, bekannt durch die Rolle als Sprecher der «Ungehorsamen des Südens», die er noch bis vor kurzem innehatte, und einige andere der Verhafteten, wurden gleich in Hochsicherheitsgefängnisse verlegt. Den Verhafteten wird in einer 356 Seiten starken Anklageschrift unter anderem die Bildung einer subversiven Organisation vorgeworfen, die gegen den Staat konspiriert habe. Beweise gibt es faktisch keine, nur einige mitgezeichnete Telefongespräche, in denen vage Andeutungen über Demonstrationsverhalten fallen.

Unterzeichnet wurden die Haftbefehle bereits am 4. November, also kurz vor dem Europäischen Sozialforum in Florenz (ESF). Anscheinend wurde im Vorfeld des Grossereignisses auf die Verhaftungen verzichtet. Die Beschuldigten, von denen sich viele aktiv an der Gestaltung des ESF beteiligt hatten, gehören teilweise zum Spektrum der Ungehorsamen und teilweise zu einem aus Cobas und anderen Zentren bestehenden Netz. Dennoch konstruierten die Ermittlungsbehörden eine subversive Organisation, zu der alle gemeinsam gehören sollen. Gemeinsam ist ihnen tatsächlich wohl nur die für den Tag nach der Verhaftung geplante Beteiligung an Solidaritätsaktionen für die von Entlassung bedrohten streikenden FIAT-ArbeiterInnen im Süden Italiens.

Im Zentrum der Anklage steht das Netzwerk «Sud ribelle» in der süditalienischen Stadt Cosenza. Allein 14 Personen wurden hier inhaftiert, während weitere sechs unter Hausarrest gestellt wurden. Einige der Inhaftierten machten Aussagen und lehnten alle Anklagepunkte ab. Francesco Caruso verweigerte jede Aussage und erklärte nur, die Anklage sei «der Inquisition würdig», so dass er dazu nichts sagen würde. Einige der Festgenommenen waren bereits im Juni aufgrund der gleichen Anschuldigungen inhaftiert worden; sie wurden damals aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

Viele fühlen sich angesichts der Anklage an die Prozesse Ende der 70er-Jahre erinnert. Damals beförderte ein von KP-nahen Richtern erfundenes Konstrukt mehrere tausend BewegungsaktivistInnen in den Knast. Diesmal jedoch reagierte die Bewegung

geschlossen. Abgeordnete der Parteien Rifondazione Comunista, Grüne, Partei der italienischen KommunistInnen und des Correntone, der linken Strömung innerhalb der sozialdemokratischen DS, verurteilten die Verhaftungen und besuchten die Angeklagten im Gefängnis. Ebenso klar sprachen sich die am ESF Beteiligten, von Vittorio Agnoletto bis zum katholischen Liliput-Netz, aus. Die gesamte Vorbereitungsgruppe des ESF, die Eltern des in Genua erschossenen Carlo Giuliani, einige Abgeordnete und viele andere zeigten sich selbst wegen «subversiver Tätigkeiten» an.

Parallel dazu nimmt die Mobilisierung auf der Strasse nicht ab. In den vergangenen Tagen demonstrierten insgesamt über 100000 Personen in über fünfzig Städten gegen die Verhaftungen, in Padua und Bologna drangen «Ungehorsame» in die Büros der Ermittlungsbehörden ein und besetzten sie kurzzeitig. In Rom demonstrierten am Samstag 30000 Personen, und drangen ins Regierungsviertel ein. Auch vor den Gefängnissen wurden bereits verschiedene Kundgebungen abgehalten. Am nächsten Samstag folgt eine grosse landesweite Demonstration in Cosenza.

Ungewöhnliche Töne kamen selbst aus den Reihen der DS. Ihr Vertreter Piero Fassino unterstrich zwar die völlige Unabhängigkeit der Justiz. Er forderte jedoch erstmals, nicht nur die «No global» müssten die Konsequenzen ihres Tuns bedenken, sondern auch die RichterInnen.

Die Regierung, die zunächst frohlockte, übt sich seit Sonntag in moderateren Tönen und im geordneten Rückzug. Kurz nach den Verhaftungen am vergangenen Donnerstag hatten verschiedene VertreterInnen der rechten Regierungskoalition «Pol der Freiheit» die sozialdemokratische Opposition DS noch aufgefordert, die RichterInnen auch diesmal zu «unterstützen» – in Anspielung an die Verteidigung der Justiz Seitens der Opposition gegen die Angriffe der Berlusconi-Regierung aufgrund der Strafverfahren gegen den Regierungschef. Am Sonntag jedoch verlas Innenminister Giuseppe Pisanu eine Wort für Wort mit Silvio Berlusconi abgesprochene Erklärung, die verstehen liess, dass das Vorgehen der RichterInnen von Cosenza nicht unterstützt wird. Die BerufungsrichterInnen werden in dieser Erklärung aufgefordert, ihrer «Kontrollfunktion» nachzukommen. Seither distanzieren sich immer mehr VertreterInnen der Regierungskoalition vom Vorgehen der RichterInnen. Legavorsitzender Umberto Bossi verkündete sogar, «wenn es sich um Meinungsdelikte handelt, dann sind wir dagegen». Der schnelle Meinungswechsel in der Regierungskoalition ist vor allem auf die Verurteilung des sechsfachen ehemaligen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti zu 24 Jahren Haft wegen dem Auftrag zum Mord an einem über seine Machenschaften recherchierenden Journalisten Ende der 70er Jahre zurück zu führen. Dieses Urteil vereitelt nun das genüssliche Ausschlichten des Vorgehens der RichterInnen seitens der Rechten. Zusammen mit der kaum haltbaren Anklage gegen die süditalienischen Linken bietet sich eine gute Möglichkeit, der lange angestrebten Justizreform näher zu kommen.

24. Januar 2003

## **Die Disobbedienti in Italien – Portraits einer Bewegung**

Nicole Schreyer. **Am 8. Februar wird in der Roten Fabrik in Zürich im Rahmen des Vorwärts-Festes Oliver Ressler's Video über die «Disobbedienti» gezeigt. Die Kunstkritikerin Nicole Schreyer hat sich mit dem in Wien lebenden Regisseur über seine NoGlobal-Filme und «die Ungehorsamen» unterhalten.**

### **Wie bist du zu der Beschäftigung mit den Disobbedienti gekommen?**

Seit ich 1999 die internationale Ausstellungsserie «The global 500» über ökonomische

Globalisierung und transnationale Konzerne realisiert habe, ist Ökonomie ein zentrales Themenfeld für meine künstlerische Arbeit. Als ich in den Jahren darauf begonnen habe, mich in Videos verstärkt auch mit Formen des Widerstands auseinanderzusetzen, haben mich die Tute Bianche – wie die Disobbedienti früher hiessen – innerhalb der so genannten Antiglobalisierungsbewegung besonders interessiert. Neben dem starken visuellen Erscheinungsbild und der Radikalität der Aktionen hat mich vor allem beeindruckt, wie sie ihre Position theoretisch artikulieren und ihre Aktionen strategisch jenseits der hegemonialen Kategorisierung «Gewalt – Gewaltlosigkeit» zu realisieren versuchen. Als ich im Sommer 2001 als Teilnehmer einer Demonstration gegen das World Economic Forum in Salzburg sieben Stunden von der Polizei eingekesselt wurde und diese staatliche Repression als Ausgangspunkt für das Video «This is what democracy looks like!» wählte, habe ich mich gleichzeitig auch für die Realisierung eines weiteren Videos zum Widerstand gegen die ökonomische Globalisierung entschieden, bei dem die ProtagonistInnen stärker als aktiv Handelnde repräsentiert werden sollten. Dieses Video wurde dann das Video «Disobbedienti», für das ich den Autor Dario Azzellini zur Zusammenarbeit eingeladen, habe.

**Wie schätzt du den Verzicht auf symbolische Formen der Politik ein, im konkreten Fall das Ablegen der weissen Overalls? Kann mediale Aufmerksamkeit heute noch ähnlich effektiv als Kampfmittel eingesetzt werden, wie etwa von Greenpeace in den 80er Jahren?**

Die Tute Bianche legten in Genua bei den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel die weissen Overalls ab, da das Anliegen einer demokratischen Globalisierung durch die 300000 DemoteilnehmerInnen ohnehin sehr sichtbar war. Auf die identitätsstiftenden Overalls zu verzichten hing primär mit der Entscheidung der Tute Bianche zusammen, in der Multitude der DemoteilnehmerInnen aufgehen zu wollen. Jüngste Aktionen der Disobbedienti wie die im Video gezeigte Demontage eines frisch renovierten, noch leer stehenden Abschiebelagers für MigrantInnen in Bologna zeigen aber klar, dass die «Disobbedienti» auch ohne weisse Overalls weiterhin spektakuläre Aktionsformen durchführen. Mediale Aufmerksamkeit ist auch für meine künstlerischen Projekte von zentraler Bedeutung, um gewisse Sichtweisen und Anliegen zu lancieren. Geändert hat sich meiner Meinung nach seit den 80er Jahren in erster Linie nur die Art von Projekten, die heute den Weg in die Medien finden.

**Im Vergleich zu einem journalistischen Zugang fehlen im Video teilweise die Erläuterungen: Das Wissen über die Polizeiausschreitungen in Genua wird zum Beispiel vorausgesetzt. Wendet ihr euch an ein Publikum, das über diese Geschehnisse informiert ist? Oder soll gerade das Fehlen eine Beschäftigung mit den Geschehnissen anregen?**

Es war eine grundsätzliche konzeptionelle Entscheidung, das Video «Disobbedienti» ohne all die redaktionellen Rahmungen, Überleitungen, Vergleiche, Fragestellungen etc. zu realisieren, die im Journalismus allzu oft auch die Funktion der Bewertung, Distanzschaffung oder im Falle einer militanten Gruppierung der Distanzierung von den Aktionen haben können. Im Video «Disobbedienti» gibt es, mit Ausnahme der Berufsbezeichnungen der SprecherInnen im Abspann, keine einzige Information über die Disobbedienti, die nicht von ihnen selber stammt. Natürlich haben Dario und ich während der Arbeit am Video öfters darüber diskutiert, ob man nicht an der einen oder anderen Stelle eine kurze Erklärung einbauen sollte. Weniger, dass 2001 in Genua Polizeieinheiten in tausenden von Fällen Menschenrechtsverletzungen begingen, was sich auch direkt aus dem Gesprochenen oder der Bildebene des Videos ableiten liesse, sondern eher gewisse Begriffe wie «Multitude» oder «Postfordismus» zu erklären, die, wenn man sie nicht kennt, sich nur aus dem Zusammenhang des Gesprochenen heraus

bestimmen lassen.

### **Warum habt ihr bei den Bildern von Demonstrationen auf Ortsangaben verzichtet?**

Dario und ich versuchen mit dem Video, zentrale inhaltliche Themenbereiche rund um die Tute Bianche/Disobbedienti und deren Praxis des zivilen beziehungsweise sozialen Ungehorsams zu fokussieren. Primär geht es uns um die theoretischen Grundlagen, um den Gewaltdiskurs, um ausserhalb Italiens wenig bekannte Ansätze wie die Demontage von Abschiebelagern oder die Generalisierung von Streiks. Aus dem in Italien aufgenommenen Interviewmaterial haben wir dann in wochenlanger Arbeit den Plot für das Video erstellt, und ich habe dann das visuelle Material inhaltlich und manchmal auch assoziativ in Bezug auf die Textebene montiert. Wäre es unser Ansatz gewesen, die Aktionen der Tute Bianche/Disobbedienti historisch und chronologisch zu dokumentieren, wäre Ortsangaben eine grössere Bedeutung zugekommen.

### **Warum sparst du Informationen über das Ausmass deiner Involvierung in die im Video «This is what democracy looks like!» gezeigten Proteste aus? Betrachtest du deine Praxis als künstlerischen Aktivismus?**

Als ich zur Demonstration nach Salzburg gefahren bin, war es vorher für mich nicht absehbar, dass ich aus den Geschehnissen am 1. Juli 2001 ein Video produzieren würde. Im Video beschreiben DemonstrationsteilnehmerInnen die Vorfälle rund um einen siebenstündigen Polizeikessel – wobei ihre Sichtweise im krassen Gegensatz zum medial verbreiteten Bild steht. Meine eigene Rolle im Video stärker zu thematisieren halte ich nicht für notwendig, da ich ja über alle konzeptionellen Entscheidungen ohnehin indirekt immer präsent bin: durch die Auswahl der GesprächspartnerInnen, den Schnitt, die Entscheidung, niemanden aus Politik und Polizei zu Wort kommen zu lassen, die thematische Fokussierung auf die Einschränkung demokratischer Rechte durch das österreichische Innenministerium, und vieles mehr. Ich selber würde meine Arbeit nicht als «künstlerischen Aktivismus» bezeichnen, da meine unterschiedlichen Projekte viele Facetten aufweisen, die durch eine solche Kategorisierung vernachlässigt würden. Aber die Plakatserien, Postwurfsendungen oder die in Kooperation mit dem US-Künstler David Thorne entstandenen diskursiven Transparente für antikapitalistische Demonstrationen können natürlich in einen direkten Bezug zu Beispielen des politischen Aktivismus gesetzt werden. Und das Video «This is what democracy looks like!» wurde und wird von AktivistInnen für die Mobilisierung zu Demonstrationen verwendet.

### **Das Video vermittelt ein klaustrophobisches Gefühl. War in der Gestaltung des Videos die Konfrontation der BetrachterInnen mit der Einkesselung ein Ziel?**

Am Tag nach dieser Demonstration war ich doch etwas verwundert, wie wenig die Abhaltung eines Polizeikessels für sieben Stunden selbst von den wenigen österreichischen Medien problematisiert wurde, die man mit etwas gutem Willen als liberal bezeichnen könnte. Immerhin steht die stundenlange Einschränkung der Grundrechte von 919 Personen in keinerlei Relation zur vorgeworfenen Missachtung des Demoverbots, das nur eine – mit einem Verstoß gegen die Strassenverkehrsordnung vergleichbare – Ordnungswidrigkeit darstellt. Entgegen der offiziellen Rhetorik riskierte die Polizei eine Eskalation der durch das Demonstrationsverbot und die überzogene Polizeipräsenz ohnehin sehr angespannten Situation. Diese Erfahrung des staatlich erzwungenen stundenlangen Eingeschlossenseins mit ungewissem Ausgang über das Video zu vermitteln, ist sicher ein wichtiger Aspekt der Arbeit, insbesondere bei der Zwei-Kanal-Videoinstallation von «This is what democracy looks like!», bei der die BetrachterInnen vor zwei zueinander im rechten Winkel installierten überlebensgrossen Videoprojektionen stehen.

Nicole Scheyerer schreibt für die Wiener Stadtzeitung Falter und für frieze.

## **Disobbedienti**

Das Video «Disobbedienti» thematisiert die Entstehungsgeschichte, die politischen Grundlagen und die Aktionsformen der Bewegung der Disobbedienti (die Ungehorsamen) anhand von Gesprächen mit sieben Beteiligten. Die Disobbedienti gingen während den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel im Juli 2001 in Genua aus den Tute Bianche hervor. «Tute Bianche» war die Bezeichnung für jene weiss gekleideten AktivistInnen aus Italien, die ihre durch Schaumstoff, Reifen, Helme, Gasmasken und selbst gemachte Schilder geschützten Körper bei direkten Aktionen und Demonstrationen als Waffe des zivilen Ungehorsams einsetzten. 1994 traten die Tute Bianche erstmals in Italien in Erscheinung. Sie beteiligten sich an Protesten gegen prekarierte Arbeitsbedingungen und am Kampf der MigrantInnen für Bewegungsfreiheit, indem sie mit der Aktionsform der Demontage die Schliessung von Abschiebelagern erzwangen. Die Tute Bianche waren Teil der Demonstrationen gegen die WTO in Seattle 1999 und gegen den IWF in Prag 2000, entsandten Delegationen in den Lakandonischen Urwald in Chiapas und begleiteten die zapatistischen Comandantes 3000 Kilometer weit nach Mexiko-Stadt. Beim G8-Gipfel in Genua beschlossen die Tute Bianche, die identitätsstiftenden und namensgebenden weissen Overalls abzulegen, um in der Multitude der 300000 DemoteilnehmerInnen aufzugehen. Der Übergang von den Tute Bianche zu den Disobbedienti, den Ungehorsamen, ist auch eine Entwicklung vom «zivilen Ungehorsam» zum «sozialen Ungehorsam». Durch das repressive Vorgehen und die Prügelorgien der Polizeikräfte in Genua wurde die Praxis des sozialen Ungehorsams von der Strasse in die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche hineingetragen.

## **This is what democracy looks like!**

Das Video «This is what democracy looks like!» thematisiert Ereignisse rund um eine Demonstration am 1. Juli 2001 gegen das zu diesem Zeitpunkt in Salzburg tagende World Economic Forum, einem privaten Lobbyverein des Grosskapitals. «Milliardenschwere Deals, die Wenigen Wohlstand und Reichtum, vielen jedoch Ausbeutung und Armut bringen, werden auf diesen Treffen von den selbst ernannten , Global Leaders' unter Ausschluss der Öffentlichkeit in die Wege geleitet. Um den ordnungsgemässen Ablauf der ökonomischen Globalisierung sicherzustellen, wurde der im Zentrum Salzburgs liegende Tagungsort des WEFs weiträumig abgesperrt und alle Demonstrationen bis auf eine Stehkundgebung am Bahnhofsvorplatz verboten.» (Auszug aus der Einleitung des Videos). Das Video gibt einen Einblick in den Ablauf der ersten «Antiglobalisierungsdemonstration» in Österreich, die in der Folge der medial viel beachteten Demonstrationen in Seattle, Prag, Davos, Quebec und Göteborg stattgefunden hat. In dieser polizeilich verbotenen Demonstration in Salzburg wurden 919 DemoteilnehmerInnen von der Polizei eingekesselt und über sieben Stunden lang festgehalten.